

Die Perfekte Partei

Simon Brunner

Universität Zürich



Universität Zürich



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Die Perfekte Partei

Simon Brunner

Universität Zürich

Inhalt

1	Einführung	3
1.1	Forschungsfrage	5
1.2	Relevanz	5
1.3	Aufbau der Arbeit	5
2	Theorie	7
2.1	Public Choice	7
2.1.1	Die Nachfrage	7
2.1.1.1	Das Proximity Modell	10
2.1.1.2	Das Directional Modell	12
2.1.1.3	Proximity versus Directional Modell	14
2.1.2	Das Angebot	15
2.2	Die Dimensionalität der politischen Raumes	16
2.3	Research Design	17
3	Daten	19
4	Operationalisierung	20
4.1	Die Nachfrage	20
4.1.1	Das Proximity Modell	20
4.1.2	Das Directional Modell	20
4.2	Die Dimensionalität des politischen Raumes	21
4.2.1	Die Nachfrage	21
4.2.2	Das Angebot	22
5	Resultate	23
5.1	Die Dimensionalität des politischen Raumes	23
5.1.1	Die Nachfrage in den Dimensionen	26
5.1.2	Das Angebot in den Dimensionen	26
5.1.3	Die Perfekte Partei	27
5.1.3.1	Das Proximity Modell	27
5.1.3.2	Das Directional Modell	28
6	Methodenkritik und Vergleich Proximity versus Directional Modell	30
6.1	Die Nachfrage	30
6.2	Das Angebot	30
6.3	Die Position der Perfekten Partei	31
7	Schlussfolgerung	32
8	Bibliographie	34
8.1	Literaturliste	34
8.2	Zeitungsartikel und andere Medien	36
8.3	Datensätze	36
9	Anhang	37
9.1	Beschrieb des Iterationsverfahrens	37
9.2	Faktoranalyse der Nachfrage: Syntax	37
9.3	Proximity Modell: Syntax	38
9.4	Directional Modell: Syntax	40

1 Einführung

George Gorton, einer der einflussreichsten „Spin-Doctors“ (Nixon, Reagan, Schwarzenegger) erzählt, wie er 1996 von Boris Jelzin engagiert wurde und ihm zur Wiederwahl verhalf: „Ich wollte gerade mit meinem Guru nach Bali fasten und meditieren gehen, als jemand anrief und sagte: ‚Mr. Gorton, wir wissen alles über Sie. Wir wollen, dass Sie morgen nach Russland kommen.‘ (...) Als ich in Moskau ankam, lag Jelzin in den Umfragen bei sechs Prozent, vier Kandidaten lagen vor ihm.“ (Weltwoche, 2003) Ohne Jelzin jemals zu treffen, schaffte es Gorton, den kranken, alkoholsüchtigen Präsidenten so zu positionieren, dass er über die Hälfte der Stimmen erzielte. Gorton’s Rezept: „Wir finden heraus, was die Wähler wollen und geben es ihnen“ („Spinning Boris“, 2003).

Gortons Methode hat in den letzten Jahren Hochkonjunktur erlebt – so zumindest empfinden es die Wähler oftmals. Der Eindruck ist entstanden, Parteien würde lediglich nach der Nachfrage ausgerichtet, derweil Ideologien in den Hintergrund treten oder ganz ausgeblendet werden. Auch dem deutschen Bundeskanzler wird der Vorwurf gemacht, er wechsele seine Meinung auf Grund von Meinungsumfragen, Toni Blair wird „Blah Blah Blair“ (NZZ, 2002) genannt, weil er keine Meinung habe und in der Schweiz steht die SVP in der Kritik, sie besitze keine Grundeinstellung, ihre Politik werde ausschliesslich von Parteistrategen¹ bestimmt.

Die vorliegende Arbeit, wendet die Idee der Partei als Artikel auf dem freien Markt konsequent an: Es wird eine neue Partei entworfen, die sich ausschliesslich nach der Maxime der Absatzsteigerung richtet. Das Ziel besteht darin, die Position zu finden, die das grösste Stimmenpotential birgt. Mit einem Augenzwinkern wird die neue Partei „die Perfekte Partei“ (abgekürzt: PP) genannt.

Die PP wird in drei Schritten entworfen: Zuerst steht das Verhalten der Stimmbürger im Mittelpunkt. „Warum wählt Herr Bachmann die FDP? Und warum wählt Frau Ziauddin die SP?“ Auf diese Fragen antworten die verschiedenen Theorien der Wahlentscheidung. Sie treffen Annahmen darüber, welche Faktoren ausschlaggebend sind bei der Entscheidungsfindung und leiten daraus konkrete Modelle ab, die das Wählerverhalten an der Urne rückwirkend erklären oder zukünftiges Verhalten voraussagen sollen.

Wenn geklärt ist, aus welchen Gründen ein Stimmbürger eine Partei wählt, lassen sich Annahmen über die Strategien der Parteien machen: Welche Position muss beispielsweise die CVP einnehmen, damit sie ihren Stimmenanteil vergrössern kann?

¹ Der Lesefreundlichkeit halber verzichte ich in jeweils auf die Anführung der weiblichen und der männlichen Form.

Zuletzt sind Aussagen über das Untersuchungsniveau notwendig: Die Perfekte Partei soll in einem allgemeinen ideologischen Raum positioniert werden. Dazu stellen sich folgende Fragen: Wie viele Dimensionen braucht es, um diesen Raum zu modellieren? Wie kann man diese Dimensionen bezeichnen? Und wo sind die bestehenden Parteien positioniert?

Diese drei Schritte im Detail: Auf die Frage „Wie wählt ein Wähler seine Partei aus?“ geben die politischen Wissenschaften verschiedene Antworten. Bekannt sind strukturelle Ansätze, die den historischen Kontext als prägendes Element der Wahlentscheidung bezeichnen und kulturelle Ansätze, welche sich an der Sozialpsychologie und der Ethnologie orientieren. Diese Arbeit beschränkt sich auf die Antworten einer dritten Theorie-Gruppe, der Public Choice. Diese Ansätze übertragen die Instrumente der Wirtschaftswissenschaften auf aussermarktliche Situationen, sie werden damit der Idee einer Partei als Artikel auf dem Markt gerecht. Ein grosser Vorteil der Public Choice Modelle liegt in der starken Formalisierung: Sie benötigen wenige Variablen und diese lassen sich leicht operationalisieren. Die wichtigste Prämisse der Public Choice Ansätze lautet: Die Wähler sind immer rational. Das bedeutet, die Wahl einer Partei dient einem einzigen Zweck: Den eigenen Nutzen zu maximieren.

Zu den verschiedenen Public Choice Ansätzen: Ich werde auf die zwei wichtigsten Modelle dieser Theorie-Gruppe zurückgreifen. das *Proximity Modell* von Anthony Downs (1957) und das *Directional Modell* von Georges B. Rabinowitz, Stuart Elaine Macdonald und Ola Listhaug (1975). Die beiden Ansätze widersprechen sich in ihrer Prognose: Das Proximity Modell lässt die Wähler eher zentrumsnahe Parteien wählen, während das Directional Modell eher extreme Parteipositionen favorisiert. Die Perfekte Partei wird mit beiden Modellen erhoben, und die Resultate werden verglichen. Das Ziel ist, das Modell zu finden, dass die Realität möglichst getreu nachbildet: Nur wenn das Wählerverhalten den tatsächlichen Wahlergebnissen entsprechend modelliert werden kann, ist die errechnete Position der Perfekten Partei glaubhaft.

Das Parteiverhalten lässt sich ableiten vom Wählerverhalten: Wenn sich die Wähler rational verhalten, müssen dies die Parteien auch tun. Das heisst: die Parteien haben nur eine inhaltliche, aber keine religiöse oder moralische Ausrichtung, denn für die Wähler sind diese Faktoren irrelevant. Das Parteiprogramm wird alleine dadurch bestimmt, welche Haltungen am meisten gefragt sind. Weiter wird angenommen, dass die anderen Parteien nicht auf das Erscheinen der Perfekten Partei reagieren und dass die Parteien homogen sind, also zu jedem Thema eine klare, eindeutige Meinung haben.

Der dritte Schritt der Untersuchung untersucht das Untersuchungsniveau: Die Perfekte Partei soll in einem ideologischen Raum positioniert werden. Dazu muss erstens bestimmt werden, wie viele Dimensionen diesem Raum zu Grunde liegen und zweitens, was die Dimensionen ausdrücken.

Vermutet wird, dass sich die Schweiz mit zwei Dimensionen „erklären“ lässt und dass diese Dimensionen den Konfliktlinien libertär bis autoritär und sozial bis wirtschaftlich entsprechen. Wie im theoretischen Teil erläutert wird, sind diese beiden Dimensionen charakteristisch für moderne, westeuropäische Demokratien (Kitschelt 1995).

Untersucht wird das (Wahl-) Jahr 1999, die Daten stammen aus den *Selects (Swiss Electoral Studies)*-Untersuchungen (Hirter, 2000), das sind repräsentative Wahlumfragen, die jeweils nach dem Urnengang erhoben werden.

1.1 Forschungsfrage

Die Forschungsfrage lautet: Wenn man heute eine Partei gründet, welche Inhalte muss sie ansprechen, um einen maximalen Wähleranteil zu erzielen?

1.2 Relevanz

Es sollen Aussagen über das schweizerische Parteiensystem gemacht werden, die Fragen beantworten wie: Welche politischen Positionen sind am viel versprechendsten? Wo überlagern sich die Haltungen der Parteien? Haben sich die Parteien dem veränderten Parteiensystem (Kitschelt, 1994) angepasst? Möglicherweise werden auch Interpretationen der Wahlergebnisse möglich: Hat die FDP verloren, weil sie sich zu nahe der SVP positioniert hat und dieses Potential bereits erschöpft war? Diese Arbeit ist also auch für die Parteien relevant, denn sie gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Position exakt mit dem Wählerwunsch zu vergleichen und gegebenenfalls anzupassen.

1.3 Aufbau der Arbeit

Im anschliessenden theoretischen Teil werden alle Theorien, Ideen und Konzepte erläutert. Ein nächstes Kapitel gibt Übersicht über die Datenlage. Es folgt die Operationalisierung, wo die Theorie auf ein messbares Niveau gebracht und auf mögliche Probleme bei der Umsetzung aufmerksam gemacht wird. Schliesslich werden die Resultate präsentiert und in einem abschliessenden Kapitel interpretiert und gewürdigt.

Die Arbeit verzichtet bewusst darauf, Hypothesen aufzustellen, da keine Erwartungen bestehen, wo sich die Perfekte Partei positionieren muss. Es ist auch nicht das Ziel der Untersuchung, Theorien an einem konkreten Gegenstand zu überprüfen und zu verifizieren oder zu falsifizieren.

Die verwendeten Theorien dienen einzig dem Zweck, die politische Position zu finden, welche am meisten Wähler anspricht.

2 Theorie

Die Perfekte Partei möchte ihren Stimmenanteil maximieren, ähnlich wie eine Firma möglichst viele Einheiten eines Produktes verkaufen will. Um dieser Idee gerecht zu werden, greife ich auf Theorien der Public Choice zurück. Alle diese Theorien gehen davon aus, dass der politische Raum ähnlich funktioniert wie der Markt. Zwei verschiedene Modelle kommen zur Anwendung, die unterschiedliche Resultate liefern. Welches Modell der Realität näher kommt wird im Kapitel 6 diskutiert.

2.1 *Public Choice*

Von Paul W. Thurner (1998) stammt folgende Definition der Public Choice: „[Sie] ist Teil einer aussermarktlichen Ökonomik, die die moderne wirtschaftswissenschaftliche Perspektive und insbesondere das ökonomische Verhaltensmodell auf Gebiete ausserhalb des Preissystems anwendet, (...) speziell auf dem demokratischen Prozess.“ Unter „ökonomischen Verhaltensmodell“ versteht Thurner das Verhalten von Individuen, in gegebenen Entscheidungssituationen systematisch diejenige Alternative zu wählen, die den grössten eigenen Vorteil stiftet und die geringsten Kosten verursacht. Diese Art von Verhalten, das als Konzeption des „homo economicus“ aus der Ökonomie bekannt ist, wendet die Public Choice auf den politischen Prozess an. Das bedeutet: Die Public Choice sieht keinen Unterschied zwischen der Wahl einer Partei oder dem Kauf eines Joghurts: Bei beiden Entscheiden ist alleine die individuelle Kosten-Nutzen-Rechnung ausschlaggebend.

Die Public Choice unterscheidet in Analogie zum Markt zwischen Nachfrage und Angebot. Der *Nachfrager* ist der Wähler und die Public Choice untersucht, wie er sich für ein *Angebot*, also für eine Partei entscheidet. Thurner (1998), wie auch andere Public Choice Autoren, unterscheidet auf der Angebotsseite zusätzlich zwischen Parteien und Parteiprogrammen. Die Programme entsprechen dem Angebot, so Thurner, und die Parteien entsprechen Firmen, welche dieses Angebot produzieren. Für die vorliegende Arbeit ergibt sich aus dieser Differenzierung keinen Nutzen, darum werden Parteien und ihre Programme gemeinsam zum Angebot gezählt.

2.1.1 *Die Nachfrage*

Wie wählt ein Stimmbürger eine Partei aus? Auf diese Grundfrage der Politologie gibt es zahlreiche theoretische Antworten, und auch verschiedene Richtungen der Public Choice-Theorie haben sich mit

dieser Frage auseinandergesetzt. Für diese Arbeit werden zwei der wichtigsten Ansätze gewählt: Zum einen das *proximity Modell* von Downs (1957), einem Begründer der Neuen Politischen Ökonomie und zum anderen das *directional Modell* von Rabinowitz, Listhaug und Macdonald (1975, 1989, 1991), das als Replik auf Downs ursprüngliche Konzeption entstanden ist.

Die beiden Ansätze unterscheiden sich stark in den Resultaten, die sie liefern, gleichwohl gehen sie von ähnlichen Annahmen aus (nur bei der Annahme über die Informiertheit der Wähler gibt es Unterschiede, darum wird diese Annahme in jedem Modell einzeln diskutiert). Wie in Wirtschaftstheorien gebräuchlich, sind die Prämissen sehr rigide und realitätsfremd. Downs hat sich in seinem Hauptwerk (1957) verschiedentlich zu diesen Annahmen geäußert und sie teilweise abgeschwächt. Das hier verwendete Modell geht jedoch nicht auf Downs eigene Einwände ein sondern übernimmt die Annahmen in ihrer strengen Form².

Rationalität der Akteure: Die Wähler haben eine klare, nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip erstellte Präferenzordnung der Issues-Positionen und versuchen mit der Stimmabgabe, diese Präferenzen auszudrücken. Das ist ihre einzige Motivation. Diese Annahme steht im Widerspruch zu anderen theoretischen Wahlindikatoren wie der Partei-Identifikation oder der sozialen Erwünschtheit. Das heisst nicht, das diese beiden Konzepte nicht auch rational sein können: Wenn man immer die gleiche Partei gewählt hat und mit ihrem Wirken grundsätzlich zufrieden ist, kann es durchaus rational sein, diese Partei auch weiter zu wählen. Diese Art der Entscheidungsfindung ist aber nicht rational im oben definierten Public-Choice Sinn.

Es gibt Public Choice Modelle, welche Faktoren wie die Parteiidentifikation berücksichtigen, doch hier wird auf sie verzichtet – einerseits weil es gute Gründe gibt, diese zu vernachlässigen (siehe nächster Punkt), andererseits wegen dem grösseren rechnerischen Aufwand.

Keine Partei-Präferenzen: Die Stimmbürger kalkulieren bei jeder Wahl aufs Neue, welche Partei ihnen den grössten Nutzen liefert, die Wähler betreiben also ausschliesslich Issues-Voting. Lediglich der Abstand der eigenen Position zu den Parteiprogrammen ist ausschlaggebend für die Wahlentscheidung und dieser Abstand wird immer richtig geschätzt, d.h. man schenkt der „eigenen“ Partei keine Vorliebe im Sinne einer Verkürzung des Abstandes. Es werden auch mit dieser Annahme psychosoziale Erklärungsvariablen wie die Parteiidentifikation oder strukturelle Annahmen wie die Rolle der Geschichte ausgeblendet.

Die Annahme lässt sich theoretisch rechtfertigen: Verschiedene Autoren weisen darauf hin, dass die Stimmbürger immer mehr inhaltlich wählen und weniger von der Partei- oder Klassenzugehörigkeit

² Die Prämissen werden nach Thurner (1998) zitiert.

geleitet werden (Swanson und Mancini 1996, Kitschelt 1994, Kleinnijenhuis 1998). Das Issue-Voting entspricht der Perfekten Partei: Sie transportiert die Inhalte, die gefragt sind. Andere Beweggründe kennt sie nicht.

Inelastische Nachfrage: Die Anzahl der Wähler ist stabil, Theorien über die Partizipation werden nicht berücksichtigt. Laut Downs (1957) enthalten sich beispielsweise die Stimmbürger der Wahl, wenn ihnen keine Partei genügend nahe steht. Für diese Arbeit wird die Wahlabstinenz nicht berücksichtigt, da sie das Modell zu stark komplizieren würde.

Homogenität der Akteure: Aus der Rationalität der Akteure folgt eine weitere restriktive Annahme. Wenn für einen Wähler mit gegebenen Präferenzen die Wahl vorbestimmbar ist, folgt, dass alle Wähler mit den gleichen Präferenzen die gleiche Partei wählen würden, oder, im Umkehrschluss, dass die Wähler einer Partei auf einer homogenen Fläche verteilt sind. Es kann nicht sein, dass Wähler an der gleichen Position für unterschiedliche Parteien wählen. Jede Partei hat also ihren Block.

Und auch die Parteien treten als homogene Akteure auf. Sie werden als einheitliche, mit einem einzigen Willen ausgestattete Organisationen angesehen, die sich an einem klaren politischen Ort positionieren lassen.

Gleichheit der Dimensionen: Die Wähler bewerten alle politischen Dimensionen als gleich bedeutend. Würde man diese Annahme nicht treffen, müsste man die Dimensionen gewichten und das Modell würde dementsprechend komplexer.

Turner (1998: 65ff) steht diesen Prämissen kritisch gegenüber: Es gäbe kein Anzeichen, das für die Rationalität der Wähler spreche: „Während die Entscheidung eines Konsumenten direkt spürbare Konsequenzen für ihn hat, ist das bei Wahlentscheidungen nicht der Fall. Die Wahrscheinlichkeit, dass die individuelle Stimme ausschlaggebend ist, ist selbst bei kleinen Wahlgremien immer kleiner als eins.“ Ausserdem ist, so Turner, die Analogie zwischen dem politischen System und dem Markt nicht unproblematisch: Die Wahl einer Partei und der Kauf eines Warenkorb seien nur bedingt vergleichbar: Beim Warenkorb könne man einen Artikel beliebig austauschen, bei einer Partei nur die ganze Partei wechseln. Dieser Kritik lässt sich entgegenhalten, dass man eine Partei nicht unbedingt als Warenkorb annehmen muss, das Modell funktioniert auch, wenn man die Partei in Analogie setzt zu einem einzelnen Artikel. Zuletzt kritisiert Turner, dass mit der Konzeption des Wählers als homo economicus die bewiesenermassen wichtigen sozialpsychologischen und sozialstrukturellen Ansätze vernachlässigt werden.

Trotz Thurners Kritik gibt es gute Gründe, warum die Public Choice Ansätze für die vorliegende Arbeit geeignet sind: Die Resultate, welche mit diesen Modellen erzielt werden, weisen ungeachtet der strengen Prämissen eine hohe Übereinstimmung mit der Realität auf. Das heisst natürlich nicht, dass die Modelle deswegen uneingeschränkt als valide bezeichnet werden können; es lassen sich bekanntlich auch mit „falschen“ Modellen „richtige“ Resultate erzielen. Trotzdem bleibt die Güte der Resultate ein wichtiges Kriterium für die Konstruktion der Perfekten Partei: Die Position der PP kann nur als richtig bezeichnet werden, wenn das zu Grunde liegende Modell realistische Resultate liefert.

Ein weiter Vorteil der Public Choice Modelle, im Vergleich zu geschichtlichen oder psychosozialen Ansätzen, liegt in der Beschränkung auf wenige Variablen. Da die Perfekte Partei mittels eines Iterationsverfahren erhoben wird, ist es wichtig, dass die Modelle nicht zu viele Unbekannte enthalten, sonst würde der rechnerische Aufwand übermässig gross.

2.1.1.1 *Das Proximity Modell*

Die Dissertation eines Stanford Studenten steht am Ursprung der Public Choice: 1957 verfasste Anthony Downs das epochale Werk „An Economic Theory of Democracy“. Mehr aus Versehen, als mit der Absicht, die Wahlforschung zu revolutionieren, schrieb er das Buch, das bis heute zu den Standardwerken der politischen Wissenschaften gehört. Eigentlich wollte er über ein anderes Thema schreiben: „Since my father was head of a real estate research firm, I first turned to urban economics. I proposed to study the effects of a major expressway on land values along its route“. Für dieses Vorhaben bekam Downs ein Stipendium, doch weil er keine Daten finden konnte, gab er auf (Downs, 1993: 197) und schrieb stattdessen die „Economic Theory of Democracy“.

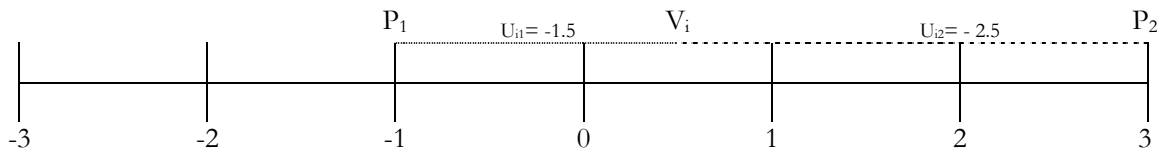
Downs basierte sein Werk hauptsächlich auf die Arbeit eines Psychologen, der individuelles Wahlverhalten untersuchte (Coombs, 1950) und auf die Arbeit eines Statistikers, der sich mit Marktstandorten beschäftigte (Hotelling 1929). Downs Grundgedanke zum Wählerverhalten ist sehr einfach und intuitiv gut verständlich: Der Wähler entscheidet sich für diejenige Partei, die ihm inhaltlich am Nächsten steht (daher der Name *Proximity*). Downs war von den amerikanischen Präsidentschaftswahlen inspiriert, darum ging er von einem Zweiparteiensystem aus, welches er auf einer Issue-Dimension untersuchte (die klassische links-rechts Einteilung). Er trug die Positionen von Wähler und Parteien in einer siebenteiligen Skala ein (siehe Abb. 1) und mass die Distanzen. Die Strecke zwischen Partei und Wähler stehe, so Downs, in einem direkten Verhältnis zum Nutzen für den Wähler: Je „näher“ er einer Partei stehe, desto grösser sein Profit. Der Nutzen steht also in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu Strecke – darum das negative Vorzeichen in Gleichung (1), die das

down'sche Modell mathematisch ausdrückt. Der Nutzen, um den es in allen Public Choice Modellen geht, wird fortan „Voter Utility“ genannt und mit U bezeichnet.

$$(1) U_{ij} = -|P_i - V_j|$$

U_{ij} stellt also den Nutzen des Wählers j dar, der Partei i wählt. P_i ist die Position der Partei i und V_j die Position des Wählers j . Beispiel: Der Wähler V (Abb. 1) wählt die Partei P_1 da die Distanz nur 1.5 Einheiten beträgt, während P_2 2.5 Einheiten entfernt ist.

Abb. 1: Voter Utility nach dem proximity Model



Sind die Wähler normalverteilt, so folgt aus Gleichung (1), dass sich die Parteien in einem Zweiparteiensystem nahe der Mitte positionieren werden. Diese Überlegung ist bekannt unter dem Namen des „Median Voter Theorem“, auch „principle of minimum differentiation“ genannt (Thurner, 1998: 8). In einem Fünfparteiensystem, wie es hier untersucht wird, ergibt das Median Voter Theorem eine stabile Situation mit zwei Parteien bei je einem Sechstel und bei fünf Sechsteln und eine in der Mitte. Für mehrere Dimensionen werden Vorhersagen schwieriger und es gibt wenige Untersuchungen. In der einzigen mir bekannten Studie findet Bjørn Lomborg mit einer Computersimulation stabile Gleichgewichte, die tendentiell eher in der Mitte sind (Lomborg, 2001).

Seit Downs erster Formulierung des Proximity Models wurde seine Theorie stärker formalisiert und die ursprünglich eindimensionale Konzeption auf mehreren Dimensionen erweitert (Davis und Hinich, 1966, Enelow und Hinich, 1984, 1990, etc). Ich werde mich hier auf den Ansatz von Davis/ Hinich/ Ordeshook (1970) beziehen. Die Autoren übertragen Downs Modell in den Raum, müssen aber ein paar gewichtige Vereinfachungen vornehmen.

So gehen sie von der vollständigen Informiertheit der Wähler aus und nehmen damit einen zentralen Ansatz von Downs wieder zurück. Dieser zeigte auf, dass die Wähler meist nicht viel über die Inhalte einzelner Politikfelder wissen und alternativen Strategien benutzen, um dieses Manko zu kompensieren. Davis/ Hinich/ Ordeshook treffen diese (unrealistische) Annahme, weil sie dann davon ausgehen können, dass die Wähler die eigene und die Positionen der Parteien präzise bestimmen können. Weiter bestehen laut den Autoren keine interindividuelle Unterschiede in der Wahrnehmung der Parteien: Alle Wähler schätzen deren Positionen gleich ein (Beispiel: Es kommt nicht vor, dass ein

Wähler die CVP als Mittepartei wahrnimmt, während ein anderer Wähler das Gefühl hat, die CVP sei eine bürgerliche Rechtspartei).

In der Literatur gibt es verschiedene Vorschläge, wie die down'sche Distanz zwischen Partei und Wähler am besten zu berechnen sei (Downs, 1957, Rabinowitz, Listhaug und Macdonald, 1991, Samuel Merrill III und Bernard Grofman, 1999). Doch die Unterschiede zwischen euklidischer-, quadratisch euklidischer- und City Block-Distanz (die drei am häufigsten verwendeten Distanzmessungen) sind nicht in dem Masse signifikant, dass man sie für die vorliegende Arbeit getrennt erheben müsste (Lewis und King, 1999). Ich werde eine einfache euklidische Distanz berechnen, aus dem nahe liegenden Grund, dass diese Distanz am einfachsten zu erheben ist – ausserdem erzielen Lewis und King (1999) mit dieser Distanz die besten Resultate.

2.1.1.2 Das Directional Modell

Von Donald E. Stokes (1963) stammt eine fundamentale Kritik an Downs Theorie. Er argumentiert, Wähler nähmen politischen Themen gar nicht auf die Art wahr, wie dies Downs unterstellte: Sie können ihre Position nämlich nicht auf einer Issue-Skala einordnen, so Stokes, sondern lediglich beurteilen, ob sie für oder gegen eine Vorlage sind. Das Proximity Modell basiere auf einer aus der kognitiven Psychologie bekannten Methode, die sehr valide sei, wenn es um eindeutige Entscheide gehe, wie die Präferenzen von verschiedener Farben. In der Politik seien die Issues aber selten so klar und die Entscheidung entstehe mehr aus einem Gefühl heraus als aus einer klaren Evaluation von Informationen.

Downs selber räumte ein, dass die Wähler unsicher seien im Bezug auf die eigene Position³, Stokes aber postuliert, dass es gar keine Issue-Positionen gibt. In Umfragen würde nicht die Stärke gemessen, mit welcher der Befragte ein Thema annimmt oder verwirft, sondern die *Intensität*, mit welcher er das Issue als solches bewertet: Wie wichtig ist dem Subjekt diese politische Frage? Die Issue - Skala wird auch von Stokes gebraucht – allerdings mit einer anderen Interpretation als von Downs: Sie messe, so Stokes, nicht die präzise Position der Parteien / Wähler, sondern sei als Indikator für die Intensität zu verstehen, mit welcher eine Haltung vertreten wird, d.h. widerspiegle die Wichtigkeit des Themas für den Akteur.

³ Downs Theorie wird oftmals fälschlicherweise auf das Median Voter Theorem beschränkt. Er selbst aber hat dieses in „An Economic Theory of Democracy“ abgeschwächt und in Frage gestellt. Ein User von Amazon.com schreibt treffend: „The book has 300 pages of content. The famous Median Voter Theorem represents three of them. The remaining 297 pages involve extensions, limitations and generalizations. In the end, the book is really about the problems of limited information rather than about a unidimensional spatial model.“

Auf diesen Überlegungen begründen Rabinowitz, Listhaug und Macdonald (1975, 1989, 1991) das „Directional Model of Voter Utility“. Ihr Grundthese lautet: Der Wähler entscheidet sich für die Partei, welche die gleiche Haltung (*Direction*) wie er vertritt und wenn dies mehrere Parteien tun, dann wählt er die Partei, welche das Issue am stärksten betont. Ist eine Partei aber gegenteiliger Überzeugung als der Wähler, wird sein Nutzen immer negativ sein, auch wenn die Positionen sehr nahe beieinander liegen.

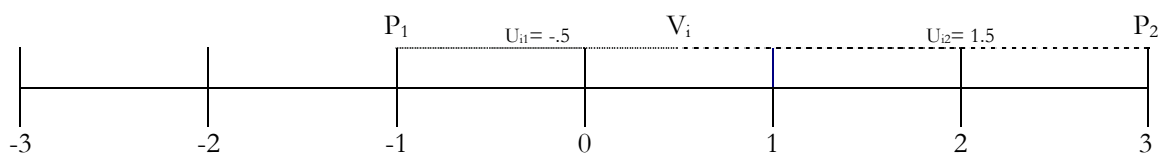
Ein Beispiel (vorerst unter Berücksichtigung eines einzelnen Issues): Ein 18-jähriger Stimmbürger hält die Mutterschaftsversicherung für eine gute Sache. Ob er eine Vorlage zum Thema mit 0.5, 1 oder gar mit 3 befürwortet, kann er nicht beurteilen. Er wird aber bei den nächsten Wahlen für die Partei stimmen, die sich am stärksten für die Versicherung einsetzt, denn diese Richtung sagt ihm eben zu. Berücksichtigt man nun mehrere Issues, muss der 18-jährige am Wahltag die Summe kalkulieren: Welche Partei vertritt die gleiche Richtungen mit den grössten Intensitäten?

Die Voter Utility für das Directional Modell berechnet sich mit der Gleichung (2). Die zentrale Erkenntnis dieser Formel lautet: Es ist für Parteien in jedem Fall ratsam, extreme Positionen zu besetzen, da das Produkt für randständige Positionen immer höher ist als für zentrumsnahe Einstellungen.

$$(2) U_{ij} = P_i * V_j$$

U_{ij} stellt den Nutzen des Stimmbürgers i dar, der P_i wählt. P_i ist die Position der Partei i und V_j die Position des Wählers j . Beispiel: In Abb. 2 entscheidet sich der Wähler V für P_2 , da der Nutzen $0.5 * 3 = 1.5$ Einheiten beträgt, während die $P_1 - 1 * 0.5 = -0.5$ Einheiten erzielt: Da P_1 eine ablehnende Haltung, V aber eine befürwortende Haltung in diesem Issue unterstützt ist das Resultat negativ (minus * plus = minus). Der Nutzen ist grösser, wenn sich der Wähler für P_2 entscheidet, als wenn er für P_1 stimmt, obwohl ihm diese Partei „näher“ steht und laut Proximity Modell mehr entsprechen müsste.

Abb. 2: Voter Utility nach dem directional Model



Das Modell von Rabinowitz, Listhaug und Macdonald wurde bei Erscheinen stark kritisiert (beispielsweise Westholm, 1997). Ein Hauptargument gegen den Directional Ansatz war, dass mit der Voter Utility aus Gleichung (2) extreme Parteien höhere Wählernutzen generierten als gemässigte und sich das politische System bis zur Extremität radikalieren würde, wenn Parteien ihre Strategien auf dieses Modell abstimmten.

In der Konzeption von Rabinowitz, Listhaug und Macdonald findet sich eine Antwort auf diese Kritik. Mit Hilfe zweier Modifikationen möchten sie verhindern, dass extreme Parteien zu fest überbewertet werden: Die *Region of Acceptability* beschreibt eine Zone, innerhalb deren Grenzen Parteien wählbar sind für die Stimmbürger. Auf der Skala von Abb. 2 könnte das zum Beispiel bedeuten, dass Parteien, die Positionen ausserhalb $-2.5 < P_i < 2.5$ haben, zu extrem sind für die Wählerschaft. Diese Parteien werden nicht ausgeschlossen aus der Betrachtung, aber ihre Voter Utility wird dezimiert durch eine *Penalty*, die zunimmt, je weiter sich die Partei vom Zentrum weg bewegt.

Für die Perfekte Partei bringen diese zwei zusätzlichen Hilfsmitteln wenig; die vorliegende Untersuchung wurde mit diesen Modifikationen durchgeführt und das Resultat ist ähnlich dem „klassischen“ Directional Modell. Ausserdem sind die *Penalty / Region of Acceptability* methodologisch nicht unbestritten (siehe weiter unten). Aus diesen Gründen wurde auf sie verzichtet.

2.1.1.3 *Proximity versus Directional Modell*

Nach der Publikation des Directional Modell und der damit eingehenden Kritik an der Proximity Theorie gab es zahlreiche vergleichende Studien, die zu beweisen suchten, dass das eine oder das andere Modell besser sei. So verfasste zum Beispiel Anders Westholm (1997), Professor an der Universität von Uppsala, eine umfassende Würdigung der beiden Modelle, in der Absicht, das Proximity Modell zu rehabilitieren.

Westholm konzentrierte sich auf zwei Hauptkritikpunkte: Die Theorie und die Methode. Auf der theoretischen Ebene spreche gegen das Directional Modell, dass die *Penalty / Region of Acceptability* frei wählbar sind. Dadurch würde die Theorie schwieriger zu überprüfen. Westholm bezieht sich auf Popper (1980), der zeigt, dass die Anzahl nicht spezifizierter Parameter eines Modells in direkter und negativer Beziehung stehen zur Falsifizierbarkeit der Theorie. Konkreter: Mit der Modifikation der *Region of Acceptability* respektive des *Penalty* Faktors kann das Modell fast jeder tatsächlichen politischen Situation angepasst werden. Das vorliegende Projekt verzichtet auf Grund dieser Kritik auf diese zwei Hilfsmittel.

Die Methode: Sowohl Downs erste Konzeption (1957) als auch Rabinowitz, Listhaug und Macdonald's Directional Modell berechnen die Voter Utility auf der Grundlage von Durchschnittswerten der Parteipositionen: Das heisst, sie erheben die Position der Parteien gemittelt über die Beurteilung aller Befragten. Diese Mittelwerte sind problematisch, da erstens nicht für jeden Wähler die Partei an dem gleichen Ort positioniert ist und zweitens diese „Fehlwahrnehmungen“ nicht Einzelfälle sind, sondern systematisch auftreten: Die Wähler tendieren generell dazu, Parteien, die sie

nicht kennen, zu stark in die Mitte zu setzten (Powell, 1989). Diese Kritik muss Ernst genommen werden, da die Parteipositionen auch hier mit Mittelwerten festgesetzt werden, um möglichst getreu nach Downs und Rabinowitz et al. zu verfahren. Westholm weist ausserdem darauf hin, dass die intrapersonelle Distanz zur eigenen Partei aussagekräftiger ist als aggregierte Wählerdaten für die Parteiposition. Mit dieser Methode würde sich nämlich direkt zeigen, ob die Distanz zur eigenen Partei systematisch zu kurz (also eher nach dem Proximity Modell) oder zu lange (und damit mehr nach dem Directional Ansatz) geschätzt wird. Leider ist das mit den vorliegenden Daten nicht möglich, da die Befragten nur die eigene Position definieren mussten und nicht auch die der Parteien⁴.

Im Streit zwischen Directional und Proximity Modell gibt es auch mittlere Positionen: In verschiedenen Artikel wird darauf hingewiesen, dass einerseits der Unterschied zwischen den beiden Modellen gar nicht so gross ist, respektive die Resultate stark korrelieren (Merrill III und Grofman, 1999, Westholm, 1997) und andererseits die beiden Modelle von verschiedenen methodologischen Annahmen ausgehen, die jeweils bestimmen, wie gut das Resultat ist: In einem viel beachteten Aufsatz zeigen Lewis und King (1999), dass die Güte des Modells stark davon abhängt, ob von durchschnittlichen Parteipositionen (Rabinowitz, Listhaug und Macdonald) oder von durchschnittlichen Wählerpositionen (Wesholm, 1997) ausgegangen wird. Welche der Annahmen besser, beziehungsweise realitätsnäher ist, lässt sich nicht beweisen, es fehlen die empirischen Daten dazu. Fazit: Es gibt bis heute keinen Sieger im Duell zwischen Proximity und Directional Modell.

2.1.2 Das Angebot

Die Arbeit geht davon aus, dass die Partei gewählt wird, welche den Stimmbürger inhaltlich am meisten anspricht. Dabei wird vernachlässigt, dass der Erfolg auch durch die finanziellen und personellen Ressourcen der Partei bestimmt wird, nebst anderen Faktoren wie der Verwurzelung, dem Image und der internen Geschlossenheit. Diese Faktoren sind in der Realität nicht unbedeutend, nach dem im Abschnitt 2.1.1 definierten Wählerverhalten spielen sie aber keine Rolle: Der Wähler entscheidet alleine nach Inhalten, es hat keinen Einfluss auf sein Verhalten, wie viele Mittel einer Partei zur Verfügung stehen, ob sie starke Leaderfiguren hat und wie geschossen ihr Auftreten ist. Zumindest der finanzielle Faktor wird aber kontrolliert: Es gelangen nur Parteien in die Analyse, die etwa gleich stark sind. Es sind dies die vier Bundesparteien.

⁴ In der *Selects*-Umfrage für die Wahl 2003 werden Wählerpositionen und wahrgenommene Parteipositionen erhoben. Die vorliegende Untersuchung ist jedoch Teil eines breiteren Forschungsprojektes, das noch weitere Datensätze beinhaltet, die für 2003 nicht erhoben wurden, darum konnten die *Selects* 2003 Daten nicht berücksichtigt werden.

Eine weitere Annahme betrifft die Reaktion der herkömmlichen Parteien auf die neue Partei: Die perfekte Partei positioniert sich unter der Annahme, dass die Konkurrenten auf ihren Positionen verbleiben („zero-order conjectural variation“, Thurner, 1998: 17). Das ist eine illusorische Annahme, da die Gründung einer neuen Partei mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Reaktion der anderen Parteien auslöst. Diese Annahme muss aber getroffen werden, weil sonst ein dynamisches Modell benötigt würde, welches den rechnerischen Aufwand und die Anzahl der Variablen stark erhöhte.

Zu den Parteistrategien (nach Kitschelt 1994). Es wird angenommen, die alleinige Absicht der Perfekten Parteien bestehe darin, so viele Wählerstimmen wie möglich zu erzielen (diese Strategie nennt sich in der Literatur *vote maximizing*). Andere Strategien wie das *office seeking* (das Ziel der Parteien ist, der Regierungskoalition anzugehören) oder die *oligopolistische Strategie* (die Parteien radikalieren sich, um kleinere, extreme Mitbewerber zu verdrängen) werden vernachlässigt. Mit dem vorliegenden Modell könnte die Position der Perfekten Partei nach diesen Strategien ausgerechnet werden, es ist aber nicht die Absicht, die Position mit der höchsten Regierungsbeteiligung oder die beste Verdrängungsposition zu erheben.

Die Positionen der Parteien auf einer Dimension werden mit Mittelwerten bestimmt, nach folgender Formel. P_j ist eine gegebene Partei und V_{ij} ein Wähler dieser Partei:

$$(3) \quad P_j = \frac{\sum_{i=1}^{N_j} V_{ij}}{N_j}$$

2.2 Die Dimensionalität der politischen Raumes

Die Perfekte Partei soll in einem allgemeinen ideologischen Raum platziert werden. Dieser Raum wurde aus verschiedenen Gründen gewählt. Der Hauptgrund: Eine Partei braucht eine generelle ideologische Ausrichtung, einerseits damit sie von der Wählerschaft eingeordnet werden kann und andererseits, damit sich ihre Haltung in den einzelnen Themenkreisen nicht widerspricht. Statt in einem ideologischen Raum hätte man die PP auch in den einzelnen Issues positionieren können. Doch das Resultat wäre mit grosser Wahrscheinlichkeit paradox: Eine Partei, die beispielsweise gleichzeitig für Steuersenkung und für den Ausbau des Sozialstaates einsteht, ist wenig glaubhaft.

Eine andere Möglichkeit wäre, die Perfekte Partei nur auf einer links-rechts Achse zu positionieren, doch wie verschiedene Autoren (Kitschelt, 1994 und für die Schweiz: Hermann und Leuthold, 2003)

gezeigt haben, reicht eine Dimension nicht aus, um den politischen Raum einer modernen Demokratie zu modellieren.

Welche Dimensionen dem schweizerischen politischen System zu Grunde liegen, soll mit einer Faktoranalyse der Nachfrage bestimmt werden. Der Vorteil dieses Verfahrens liegt darin, dass die Dimensionen nicht im Vorherein bestimmt werden müssen. Das Statistikprogramm untersucht die einzelnen Issues und fasst sie nach Ähnlichkeiten in so genannten Faktoren zusammen. Das Resultat sagt, welche Issues zusammengehören, also eine Dimension bilden. Wie diese Dimension heisst, beziehungsweise was sie ausdrückt, muss vom Autor bestimmt werden.

Der Begriff „Faktoren“ oder „Dimensionen“ mag in diesen Zusammenhang etwas verwirrend tönen, gemeint sind die sozialen Konflikte, die das politische System prägen. Soziale Konflikte traten in allen Gesellschaften auf, sei es aus religiösen, materiellen, ideologischen oder ethnischen Gründen. In der Sozialwissenschaft werden diese Konflikte oft Cleavages genannt- Sie wurden bekannt gemacht durch Rokkan und Lipset (1967). Die beiden Sozialwissenschaftler haben in den 60er-Jahren das analytische Raster sozialer Cleavages zur Rekonstruktion der europäischen Parteienentwicklung genutzt und behaupteten, die modernen Parteiensysteme gründeten auf vier stabilen Cleavages (Zentrum-Peripherie, Staat-Kirche, Stadt-Land, Klassencleavage).

2.3 Research Design

Zuerst wird der politische Raum modelliert. Dies geschieht mit einer Faktoranalyse, welche die Dimensionen bestimmt, die dem schweizerischen System zu Grunde liegen. Anschliessend werden die Positionen der Parteien in diesem System erhoben, indem die Mittelposition der Wähler einer Partei errechnet wird. Zuletzt wird die Position ermittelt, die am meisten Wähler anspricht, also die Position, an der sich die Perfekte Partei platzieren muss. Dieser letzte Schritt wird mit Hilfe eines Iterationsverfahrens vollzogen: Ein Computerprogramm iteriert über alle möglichen Positionen im politischen Raum und kürt die Position, die das grösste Wählerpotential verspricht – unter Berücksichtigung der Positionen der bestehenden Parteien (das genaue Vorgehen wird in der Operationalisierung beschrieben).

Der Datensatz stammt von 1999 und den damaligen Nationalratswahlen. Bei der Würdigung der Resultate sollte berücksichtigt werden, dass seither fünf ereignisreiche politische Jahre vergangen sind und das Ergebnis für heute möglicherweise nicht mehr zutrifft.

Für das Angebot werden die vier Bundesparteien untersucht. Diese Auswahl hat eine theoretische Motivation: Es wird angenommen, dass eine Partei die Wähler mobilisiert, die ihr laut dem jeweiligen Modell „zustehen“. Beispiel: Wenn eine Partei linke / libertäre Inhalte vertritt, nehme ich an, dass linke / libertäre Wähler nach dem down'schen Modell für diese Partei stimmen. Diese Annahme ist aber nur gerechtfertigt, wenn die ausgewählten Parteien genügend gross sind. Würde ich eine kleine Partei wie die Partei der Arbeit (PDA) dazunehmen, wäre das Resultat verzerrt: Die PDA mit zwei Sitzen im Nationalrat (1 Prozent aller Stimmen) wird von den meisten Stimmbürgern gar nicht wahrgenommen, praktisch ihre gesamte Wählerschaft konzentriert sich auf Genf. Die vier ausgewählten Parteien haben alle ein nationales Publikum und bei den Nationalratswahlen 99 zwischen 16 (CVP) und 22.5 Prozent (SVP und SPS) der Stimmen erhalten. Zusammen entfallen 81 Prozent aller Wählerstimmen auf diese vier Parteien.

3 Daten

Die Daten der Nachbefragung zu den 1999er Nationalratswahlen werden verwendet. Es ist eine repräsentative Stichprobe von 2048 Schweizer Stimmberechtigten, die von den *Swiss Electoral Studies (Selects)* erstellt worden ist (Hirter, 2000). Unter den mehr als 150 Items finden sich 12 Fragen zur politischen Meinung des Befragten, die so genannten *Einstellungsfragen*. Sie dienen als Grundlage der Faktoranalyse, welche die Dimensionalität des politischen Raums festlegt. 10 der Einstellungsfragen sind auf einer 5-teiligen, 2 auf einer 4-teiligen Likert – Skala gemessen (die Fragen 5 und 7 in Tabelle 1).

Die dimensionale Analyse wird durchgeführt mit den Angaben der Befragten, die gewählt haben, die abstinenten Stimmbürger werden aus der Untersuchung ausgeschlossen (N=1014). Grund: Das Ziel der neuen Partei besteht nicht darin, zusätzliche Wähler zu mobilisieren, sondern die bestehenden Wähler zu gewinnen (Annahme über die *inelastische Nachfrage*).

4 Operationalisierung

4.1 Die Nachfrage

Um die optimale Position der PP zu berechnen, wird ein SPSS Programm entwickelt⁵, das die Anzahl Wählerstimmen für jede Position im Koordinatensystem bestimmt. Das Programm iteriert über einen Raster von 0.05 Einheiten von -3 bis +3 (diese Ausmasse hat der dimensionale Raum). Es gibt also 14'641 mögliche Positionen für die Perfekte Partei ($121 * 121 = 14'641$ Iterationen). Auch ein feineres Raster (0.02 – Intervalle) wurde getestet, das Resultat verändert sich nur unwesentlich, aber der Rechenaufwand nimmt exponentiell zu ($301 * 301 = 90'601$ Iterationen) und damit der Zeitaufwand, den SPSS für das Resultate benötigt. Aus diesem praktischen Grund wurde während der ganzen Arbeit mit einem 0.05-Intervall verfahren.

4.1.1 Das Proximity Modell

Die Voter Utility des Proximity Modell wird gemessen mit der Gleichung (1).

$$(1) U_{ij} = |P_i - V_j|$$

Für die Dimensionale Analyse muss die Voter Utility (vermutlich) im zweidimensionalen Raum gemessen werden. Gleichung (1) lässt sich leicht zu einer zweidimensionale Ausführung erweitern, wobei das k für die einzelnen Dimensionen steht⁶:

$$(1b) U_{ijk} = \sqrt{\sum_{k=1}^k (P_{ik} - V_{jk})^2}$$

4.1.2 Das Directional Modell

Die Voter Utility des Directional Models berechnet sich nach der Gleichung (2).

$$(2) U_{ij} = P_i * V_j$$

⁵ Sämtliche Syntaxen und die ausführliche Beschreibung dieses Iterationsverfahrens finden sich im Anhang. Alle Berechnungen wurden mit SPSS 11.0.2 für Mac OS X durchgeführt unter Verwendung der Macro Facility.

⁶ Alle mathematischen Überlegungen und Operationen werden nach den „Formeln und Tafeln: Mathematik - Physik“ (1977) durchgeführt.

Auch dieses Modell erfährt eine Erweiterung, wenn es im Raum gemessen wird. Rabinowitz, Listhaug und Macdonald (1991) haben der multidimensionalen Komponente mit folgender Überlegung Rechnung getragen: Je grösser der Winkel zwischen Wähler und Partei, desto kleiner der Nutzen des Wählers. Diese Erweiterung wird mit dem Term $\cos(PV)$ umgesetzt. Der Cosinus beträgt 1, wenn der Winkel 0° ist, d.h. Wähler und Partei „auf der gleichen Linie“ liegen. Der Cosinus ist 0, wenn Partei und Wähler in einem 90° Winkel zueinander stehen und er ist negativ, wenn der Winkel mehr als 90° beträgt. Analog zum eindimensionalen Modell ist die Voter Utility also positiv, wenn Wähler und Partei „auf der gleichen Linie“ stehen und negativ, wenn sie „auf der gegenüberliegenden Seite“ stehen. Sind sie im rechten Winkel zueinander positioniert, beträgt die Utility 0.

$$(2b) U_{ijk} = P_{ik} * V_{jk} * \cos \overline{P_{ik} V_{jk}}$$

Die Autoren messen das Modell mit Vektoren. Hier wird zu Gunsten der Vergleichbarkeit zum Proximity Modell versucht, Gleichung (2b) mit trigonometrischen Funktionen zu operationalisieren. Die Gleichung (2b) lässt sich überführen in Gleichung (2c), wobei k die einzelnen Dimensionen repräsentiert.

$$(2c) U_{ijk} = \frac{\sqrt{\prod_{k=1}^k P_{ik}^2} * \sqrt{\prod_{k=1}^k V_{jk}^2} * \frac{\prod_{k=1}^k P_{ik} V_{jk}^2 - \prod_{k=1}^k P_{ik}^2 \prod_{k=1}^k V_{jk}^2}{2 * \sqrt{\prod_{k=1}^k P_{ik}^2} * \sqrt{\prod_{k=1}^k V_{jk}^2}}$$

Zwei Anmerkungen: Der Winkel zwischen den Punkten in Raum wird gemessen mit dem Cosinussatz ($A^2=B^2+C^2-2BC*\cos\alpha$). Damit ist klar, dass die Gleichung (2c) nur im zweidimensionalen Raum anzuwenden ist (Für eine allfällige dritte Dimension müsste man auf den etwas komplizierteren sphärischen Cosinussatz zurückgreifen).

In der Gleichung ist der Cosinus selber nicht zu sehen, da er sich wegekürzt: Ausgeschrieben lautet der letzte Term der Gleichung: $\cos(\arccos(-a^2+b^2+c^2/2bc))$.

4.2 Die Dimensionalität des politischen Raumes

4.2.1 Die Nachfrage

Mit Hilfe einer Faktoranalyse werden die zwölf Einstellungsfragen auf die ihnen zu Grunde liegenden Dimensionen untersucht. Die Nachfrage-Daten wurden auf Wählerebene erhoben; die Position jedes Befragten auf jeder Dimension lässt sich also bestimmen.

4.2.2 Das Angebot

Die Positionen der Parteien werden wie erwähnt nach Gleichung (3) berechnet.

$$(3) P_j = \frac{V_{ij}}{N_j}$$

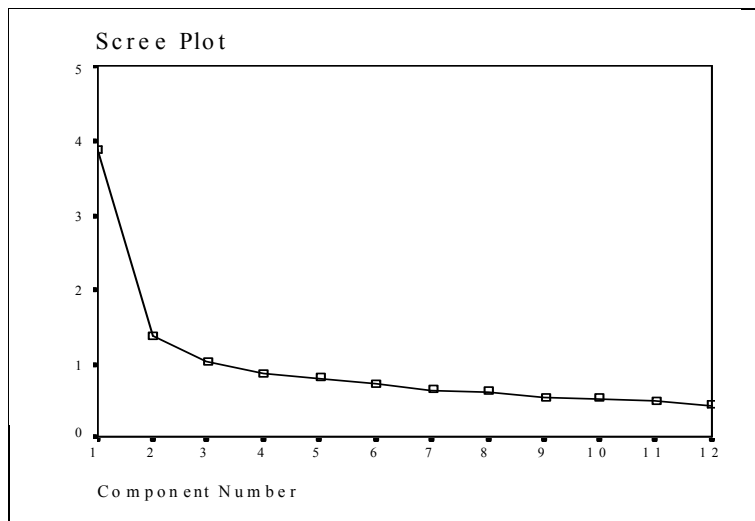
Gleichung (3) muss für jede Dimension einzeln erhoben werden, damit die Parteien Koordinaten für alle Dimensionen haben und sich eindeutig im k-dimensionalen Raum positionieren lassen.

5 Resultate

5.1 Die Dimensionalität des politischen Raumes

Mit wie vielen Dimensionen lässt sich die politische Landschaft in der Schweiz erklären? Die Antwort der Faktoranalyse ist nicht ganz eindeutig: Der Scree Plot (Abb. 3) legt nahe, dass es drei Dimensionen sind: Auch der dritte Faktor weist einen Eigenvalue von über 1 auf⁷, was als Kriterium für das Vorhandensein eines Faktors gilt. Andererseits gibt es gute Gründe, nur von zwei Dimensionen auszugehen. Der Eigenvalue-Test ist nicht unbestritten: Tucker (1969) hat gezeigt, dass nicht jeder Faktor, der einen Wert über 1 hat, wirklich relevant ist. In dem vorliegenden Modell ist die Verbesserung vom 2. zum 3. Faktor relativ gering: Die erklärte Varianz verbessert sich nur von 44 auf 52 Prozent. Ausserdem ist im Scree Plot ersichtlich, dass der grosse Schritt zwischen dem 1. und 2. Faktor statt findet und dann bereits die Scree („Geröllhalde“) folgt, welche laut dem SPSS Manual anzeigt, dass alle weiteren Faktoren vernachlässigt werden können, weil ihr Beitrag das Resultat nicht mehr wesentlich verbessert.

Abb. 3: Scree Plot und Principal Component Analysis der Faktoranalyse der Nachfrage



Ich werde aus diesen Gründen auf die 3. Dimension verzichten. Das Weglassen der 3. Dimension geschieht analog zu Hermann und Leuthold (2003), die auf ähnliche, nicht ganz eindeutig Resultate gekommen sind. Der dritten Dimension wären übrigens die Fragen 11 und 12 aus Tabelle 1 zugehörig, beides sind Fragen zum Umweltschutz.

In Tabelle 1 erscheinen die Resultate der auf zwei Dimensionen limitierten Faktoranalyse. Die Werte sind mit einer Varimax Rotation auf die Achsen gedreht worden. Wie erwähnt berechnet die Faktoranalyse lediglich, welche Variablen in einem Faktor zusammengefasst werden können. Wie die

⁷ Die Diskussion der Faktoranalyse erfolgt gemäss dem SPSS Manual (Norusis, 1993).

Dimensionen inhaltlich zu erklären sind, bleibt dem Anwender überlassen. Ich werde für die vorliegende Analyse auf ein Cleavage zurückgreifen, das laut mehreren Autoren in den modernen westeuropäischen Ländern anzutreffen ist. Kitschelt (1994 und 1995), einer der Entdecker dieses Cleavages, nennt es den kulturellen Konflikt zwischen *libertären* und *autoritären* Einstellungen: Eine *libertäre* Haltung meint die Befürwortung offener, integrationsorientierter, ausländerfreundlicher und frauenfreundlicher Politiken. Eine *autoritäre* Einstellung hingegen umfasst traditionelle, hierarchiefreundliche, ausländerfeindliche, männerdominierte, sicherheitsbedürftige und abgrenzungsorientierte Politiken. Dieser Konflikt, so Kitschelt, teilt die Bevölkerung in Verlierer der Globalisierung, die sich eine Abgrenzung wünschen, weil sie den internationalen Einfluss als Bedrohung empfinden, und in Gewinner, die eine weitere Öffnung gegen aussen unterstützen. Dieser Konflikt sei in allen europäischen Parteiensystemen neben das klassische Cleavage sozial – wirtschaftlich getreten und übertreffe dieses sogar an Erklärungskraft.

Alle Fragen des ersten Faktors (1-7) lassen sich einordnen in das von Kitschelt (1994) beschriebene autoritär – libertäre Cleavage: Diese Fragen betreffen ausschliesslich die kulturelle Identität: Zu einem Teil sprechen sie das „Schweizer-Sein“ direkt an (Fragen 1, 4, 7), zu einem anderen Teil tun sie dies indirekt mit Fragen zur Öffnung beziehungsweise der Abgrenzung gegenüber dem Ausland (2, 3, 5, 6). Es fällt ausserdem auf, dass dieser erste Faktor mit 32 Prozent Varianz fast dreimal so viel Erklärungskraft aufweist wie der zweite Faktor (12 Prozent).

Drei der fünf Fragen des zweiten Faktors (8, 9, 10) betreffen den klassischen links - rechts Konflikt mit Themen wie Sozialstaat, Steuersenkungen oder Liberalisierung. Dieser zweite Faktor beinhaltet aber auch die Fragen zum Umweltschutz (11 und 12), also die Fragen des vermeintlichen dritten Faktors. Dass der Umweltschutz dem zweiten und nicht dem ersten Faktor zugeordnet wird, lässt sich dahingehend interpretieren, dass die Befragten das Wohlergehen der Natur ähnlich dem Wohlergehen der Menschen als ökonomische Frage verstehen (also teurer, umweltschonender Katalysator versus dreckige aber billige Autos) und nicht als kulturelle / ideologische Einstellung (Erhaltung der grünen Heimat versus schnellere Autobahn nach Deutschland, o.ä.). Diese Resultate sind übrigens in Übereinstimmung mit den Ergebnissen von Hermann und Leuthold (2003).

Fazit der Faktoranalyse: Die Annahme, der politischen Raum der Schweiz sei geprägt durch die beiden Cleavages autoritär – libertär und sozial – wirtschaftlich, lässt sich auf Grund der Resultate in Abb. 3 verifizieren.

Tabelle 1: Rotated Factor Loading*

	Einstellungsfrage	Fak. 1	Fak. 2
1	Sind Sie für eine Schweiz, die ihre Traditionen verteidigt oder in Frage stellt?	-.76	.07
2	Sind Sie dafür, dass die Ausländer in der Schweiz die gleichen Chancen haben wie die Schweizer? Oder sind sie dafür, dass die Schweizer bessere Chancen haben?	.71	.09
3	Sind Sie für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union oder für den Alleingang der Schweiz?	.68	.17
4	Sind Sie für eine starke Armee oder für eine Schweiz ohne Armee?	-.67	-.26
5	In den letzten Jahren ist die Schweiz stark kritisiert worden, besonders wegen ihrer Haltung im 2. Weltkrieg. War diese Kritik gerechtfertigt?	.64	.26
6	Sind Sie für eine Schweiz, wo Ruhe und Ordnung wenig oder stark betont werden?	.62	.25
7	Wie stolz sind Sie auf die Schweiz?	-.59	-.05
8	Sind sie für eine Erhöhung von den Steuern auf hohen Einkommen oder sind Sie für eine Verminderung von den Steuern auf hohen Einkommen?	-.02	.73
9	Sind Sie für eine Verringerung von den Sozialausgaben vom Bund oder für eine Erhöhung?	-.21	-.62
10	Sind Sie für eine Schweiz, wo der Staat stark in die Wirtschaft eingreift, oder für eine Schweiz, wo man sich voll auf den freien Markt verlässt?	.09	.57
11	Sind Sie für eine Schweiz mit Atomenergie oder für eine Schweiz ohne Atomenergie?	-.21	-.55
12	Sind Sie für eine Schweiz, wo der Umweltschutz wichtiger ist als das wirtschaftliche Wachstum? Oder sind Sie für eine Schweiz, wo das wirtschaftliche Wachstum wichtiger ist als der Umweltschutz?	.19	.48

* Extraction Method: Principal Component Analysis. Rotation Method: Varimax with Kaiser Normalization.

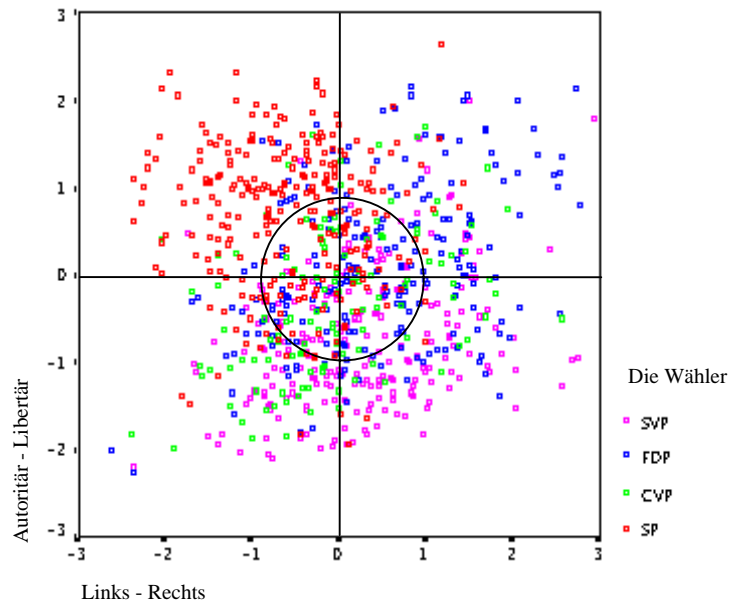
Tabelle 2: Eigenvalues und Komponenten der Faktoranalyse

Component	1	2
Eigenvalues	3.88	1.38
Erklärte Varianz in %	32.35	11.55
Kumulative Varianz in %	32.35	43.90
N=1014		

5.1.1 Die Nachfrage in den Dimensionen

Bei einer Faktoranalyse sind die Faktorvariablen immer normalverteilt. Das bedeutet, im Zentrum hat es mehr Wähler als an der Peripherie (Vgl. Abb. 4). Genauer: Zwei Drittel der Befragten befinden sich in einem Kreis mit dem Radius von 1. Als Folge dieser Normalverteilung hat es jeweils gleich viele Wähler auf beiden Seiten einer Dimension, es gibt also gleich viele Linke wie Rechte.

Abb. 4: Die politische Nachfrage in der Schweiz

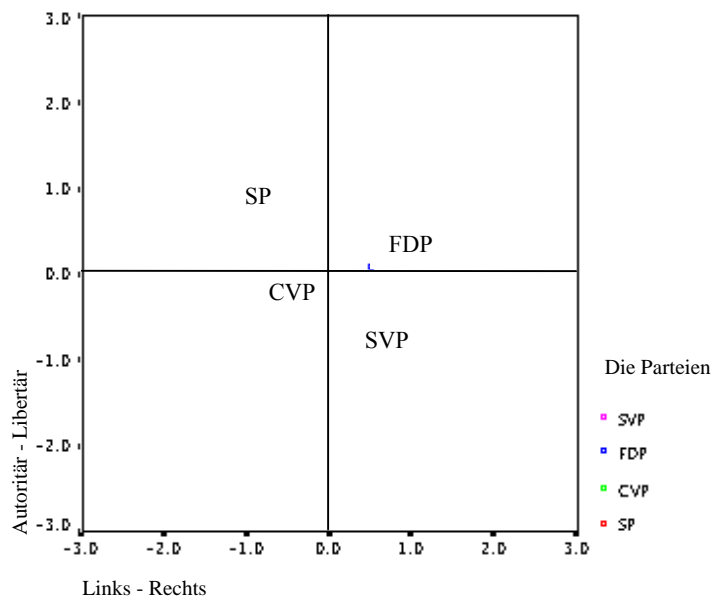


Zu der Wählerverteilung nach Parteilzugehörigkeit: Die SP Klientel ist erwartungsgemäss im zweiten Quadranten angesiedelt (links/offen) und ziemlich heterogen verteilt. Die Wähler der CVP sind um die Mitte gestreut und eher wertkonservativ, d.h. autoritär eingestellt. Die FDP-Wähler haben eine offene Einstellung stehen aber im Vergleich zur SP weiter rechts. Nicht überraschend ist die Position der SVP-Sympathisanten: Sie sind autoritär und moderat wirtschaftsfreundlich eingestellt.

Abb. 5: Die Positionen der Parteien in der Schweiz

5.1.2 Das Angebot in den Dimensionen

Die Mittelwerte der Parteilwähler ergeben die Positionen in Abb. 5. Die Sozialdemokratische Partei (SP) steht am weitesten links – wobei nicht vergessen werden sollte, dass mit „links“ auch Umweltthemen gemeint sind– und sie ist am offensten. Die Christdemokratische Volkspartei (CVP) ist fast in der Mitte zwischen Links und Rechts, aber klar für eine abgrenzende Politik. Die freisinnigdemokratische Partei (FDP) und die Schweizerische Volkspartei (SVP) unterscheiden sich kaum in ihrer



Ausrichtung auf der links – rechts Achse, beide unterstützen eine gemässigte wirtschaftsliberale Politik, in Fragen der Abgrenzung bevorzugt die SVP jedoch eine deutlich härtere Linie als die offene FDP.

Überraschend ist, dass die extremste Position von der SP besetzt wird. Sie ist leicht weiter vom Zentrum entfernt als die vermeintlich radikale SVP (1.1 gegenüber 0.9). Zu erwarten war hingegen, dass die gemässigteste Position der CVP zufällt. Keine Partei liegt so nahe am Ursprung wie die Christdemokraten (0.3).

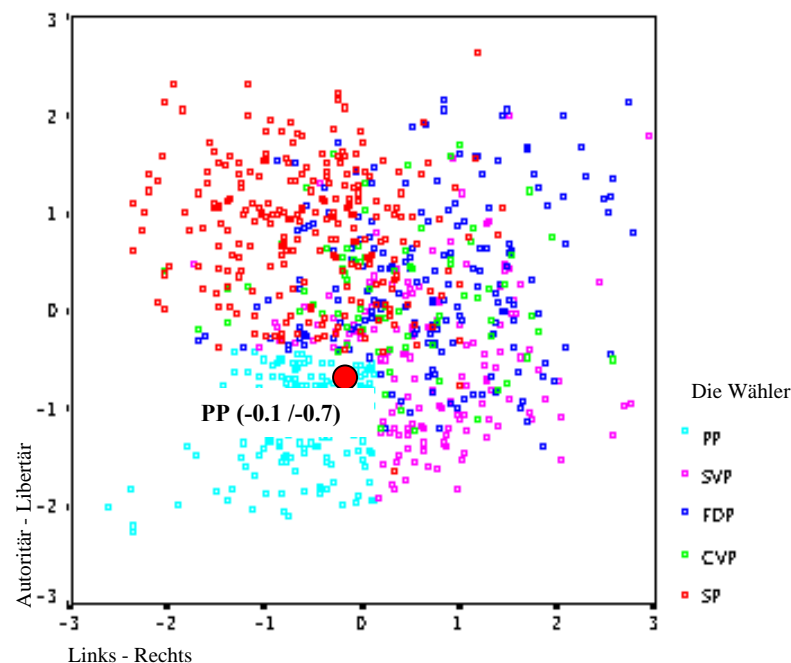
5.1.3 Die Perfekte Partei

In den zwei nachfolgenden Unterkapiteln wird die Forschungsfrage beantwortet. Sie lautet, zur Erinnerung: „Gründet man heute eine Partei, welche Inhalte muss sie ansprechen um einen maximalen Wähleranteil zu erzielen?“ Diese Frage wird zweimal beantwortet, mit den beiden verschiedenen Modellen zum Wählerverhalten. Welche der Antworten besser ist, wird im anschliessenden Kapitel 6 diskutiert.

5.1.3.1 Das Proximity Modell

Die Position der Perfekten Partei nach dem Proximity Modell kommt nahe dem Ort zu liegen, den Downs für ein eindimensionales Zweiparteiensystem vorhergesagt hätte: Der Mitte (Abb. 6). Doch die Position liegt nicht ganz auf dem Nullpunkt des Koordinatensystems (-0.1/-0.7) und ist auch nicht die moderateste Position aller Parteien – die wird weiterhin von der CVP eingenommen.

Abb. 6: Perfekte Partei mit Proximity Modell



Die PP müsste sich leicht links und autoritär positionieren. Diese Position scheint plausibel, denn so würde die PP die so genannten Globalisierungsverlierer abholen, die eher links, aber stark gegen die Öffnung der Schweiz eingestellt sind (Kitschelt, 1995).

Mit dieser Position würde die PP 18 Prozent der Wählerstimmen gewinnen (die türkisfarbenen

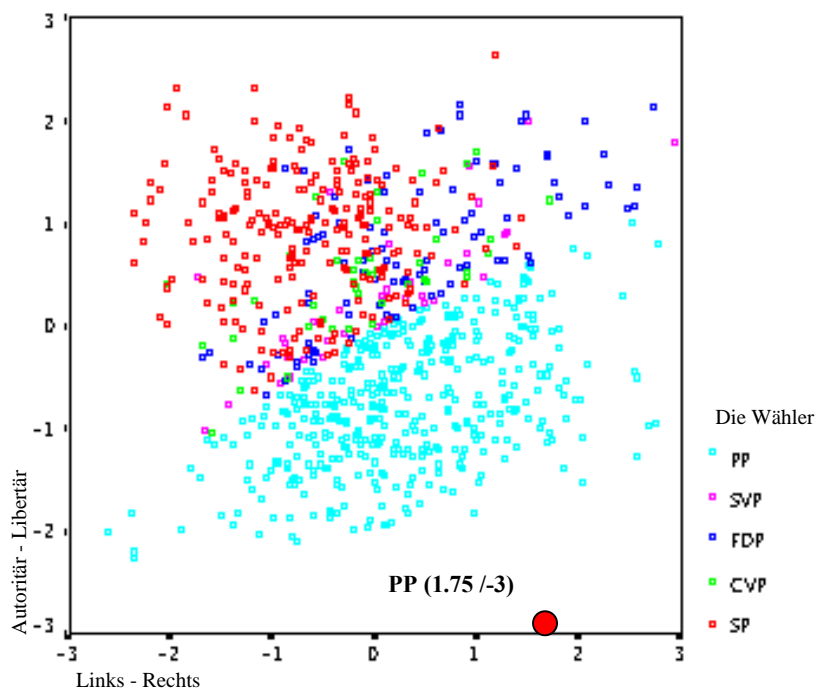
Punkte in Abb. 6), die anderen Parteien hingegen würden entsprechend an Wähler verlieren – vor allem die CVP und die SP.

Die errechnete Position der PP kommt aus verschiedenen Gründen zu Stande: Der dritte Quadrant ist von keiner Partei besetzt (sieht man von der CVP ab, die sehr nahe der Mitte ist und sich nicht klar zu diesem Quadranten bekennt, vgl. Abb. 5), es liegt also ein grosses Potential brach. Laut Kitschelt (1995) ist diese linke Wählerschaft ein neues Segment: Traditionell sind es Wähler der SP, aber mit dem Aufkommen des Cleavage autoritär - libertär fühlen sie sich von ihrer öffnungs-bejahenden Stammartei im Stich gelassen. Viele dieser Menschen entscheiden sich nun für nationalistische rechte Parteien, die ihnen zwar in sozialen Belangen nicht entsprechen, die aber in Fragen der Abgrenzung die gleiche Position einnehmen. Diese Wählerschaft entspricht den erwähnten Globalisierungsverlierern.

5.1.3.2 Das Directional Modell

Das Directional Modell gibt im Vergleich zum Proximity Modell eine gegenteilige Antwort auf die Forschungsfrage: Wie in Abb. 7 ersichtlich ist, muss sich die Perfekte Partei hier randständig

Abb. 7: Perfekte Partei mit Directional Modell



positionieren um die Wählerstimmen zu maximieren.

Die genaue Position trägt die Koordinaten $(1.75/-3)$, das heisst, die PP muss eine starke Wirtschaftspolitik und eine radikale Abgrenzung verfolgen. Mit diesen Inhalten würde sie 427 Wähler (42 Prozent des Elektorats) für sich gewinnen, während die anderen Parteien starke Einbussen hinnehmen müssten; die SVP beispielsweise verlore fast alle Wähler.

Diese Position ist schwer zu erklären und deutet eher auf

falsche Annahmen des Modells hin, als auf eine tatsächliche Marktlücke im politischen System. Es würde sehr erstaunen, wenn eine derart radikale Partei Erfolg hätte: Keine der heutigen Bundesparteien

ist annähernd so radikal – nicht einmal die grüne Partei ist so weit vom Zentrum entfernt wie diese PP. Die einzig realistische Komponente dieses Resultats ist die Tatsache, dass die PP eine abgrenzungsorientierte Politik verfolgt – ähnlich der PP nach Downs, nur extremer.

Das Zustandekommen des Resultates ist einfach zu erklären: Aus der Gleichung (2) folgt, dass extreme Parteien immer besser abschneiden als moderate. Dazu kommt der Grundsatz, dass nur Wähler gewonnen werden können, die „auf der gleichen Seite“ liegen. Da die herkömmlichen Parteien mit ihren gemässigten Positionen gegen eine radikale PP sowieso keine Chance haben, sucht das Iterations-Programm diejenige Position, die das am dichtesten besiedelte „halbe Feld“ gewinnt. Offensichtlich ist das der vierte Quadrant mit je einer Hälfte des ersten und des dritten.

6 Methodenkritik und Vergleich Proximity versus Directional Modell

An den Public Choice Theorien gibt es verschiedenste, ausführliche Kritiken (Übersicht bei Braun, 1999 und bei Green und Shapiro, 1994). Die bekannteste und fundamentalste Kritik bemängelt, dass die Public Choice nicht erklären kann, warum die Bürger überhaupt abstimmen gehen, ist doch der Aufwand (sich informieren, zur Wahl gehen) viel kleiner als der Ertrag (die Resultate haben keine direkten Auswirkungen auf das Leben des Stimmbürgers, die einzelne Stimme zählt nichts).

Die vorliegende Arbeit versucht, eine andere gängige Public Choice-Kritik aufzugreifen und deren Zutreffen zu untersuchen: Es wird oftmals beanstandet, dass in der Public Choice empirischen Untersuchungen fehlen und dass wenn sie gemacht werden, ihre Resultate äusserst dürftig sind (Green und Shapiro, 1994). Hier wurde eine empirische Untersuchung durchgeführt und somit der erste Teil der Kritik abgeschwächt. Wie gut sind nun die erzielten Resultate?

Die Antwort auf diese Frage wird auf drei Ebenen gegeben: Modellierung der Nachfrage und des Angebots und Glaubwürdigkeit der Position der PP. Das Güte-Kriterium ist für alle drei Ebenen das gleiche sein, nämlich die Frage: Wie realitätsnah sind die Modelle? Gleichzeitig ist dieser Teil der Arbeit auch der Vergleich der beiden benutzten Modelle. Soll die PP eher nach dem down'schen oder nach dem Rabinowitz et. al. Ansatz konzipiert werden?

6.1 Die Nachfrage

Die verwendeten Modelle können die Nachfrage unterschiedlich gut nachbilden. Der Realitäts-Test besteht hier darin, für einen möglichst hohen Anteil Wähler die tatsächlich gewählte Partei zu identifizieren. Während das Proximity Modell nur für jeden vierten Stimmbürger das Wahlverhalten korrekt nachbildet, kommt das Directional Modell auf beachtliche 63 Prozent. In anderen Worten: Drei von fünf Wählern haben sich 1999 an der Urne tatsächlich so verhalten, wie es das Directional Modell vorhersagt.

6.2 Das Angebot

Auch beim Angebot unterscheiden sich die beiden verwendeten Modelle in ihrer Realitätsnähe, jedoch ist es hier das Proximity Modell, das besser abschneidet: Downs (1957) konstatierte, dass sich Parteien

in einem Zweiparteiensystem längerfristig in der Mitte ansiedeln werden. Wie aus Abb. 5 hervorgeht befinden sich die untersuchten Parteien alle nahe der Mitte. Genauer: Keine Partei ist mehr als eine Einheit vom Zentrum entfernt, d.h. keine Partei befindet sich ausserhalb des Kreises, der zwei Drittel der Wähler umfasst.

Laut Directional Modell hingegen gewinnen extreme Positionen über moderate (Gleichung 2). Diese Annahme ist zu einseitig, denn sie suggeriert, dass Parteipositionen bis an die Peripherie des politischen Systems verlegt werden können um den Wähleranteil zu steigern. Würde diese Prämisse zutreffen, wäre der politische Raum dominiert von extremökologischen, linksradikalen oder ultrakapitalistischen Parteien. Die Empirie widerspricht diesem Bild.

6.3 Die Position der Perfekten Partei

Dies ist der wichtigste Test. Nur wenn die Position der PP glaubwürdig ist, hat das vorliegende Projekt überhaupt einen Sinn.

Bereits bei der Präsentation der Resultate wurde angetönt, dass die Position der PP nach dem Proximity Modell realistisch ist. Die abgrenzungsorientierte und leicht linke Position überzeugt, da sie etwa gleichweit vom Zentrum entfernt ist wie die Positionen der bestehenden Parteien und sich ausserdem theoretisch gut erklären lässt. Der Stimmenanteil von 18 Prozent scheint plausibel, er entspricht etwa dem Durchschnitt der Bundesparteien (20 Prozent).

Anders die PP nach dem Directional Modell. Deren Position ist sehr unwahrscheinlich: Erstens sind Bundesparteien historisch gesehen immer mehr oder wenig gemässigt, zweitens bereitet es Schwierigkeiten, die Position der PP inhaltlich zu erklären und drittens ist die Anzahl gewonnener Stimmen (42 Prozent) unrealistisch. Noch nie in der jüngeren Geschichte der Schweiz (seit 1919) hat eine Partei einen derart hohen Wähleranteil erzielt.

7 Schlussfolgerung

Das vorliegende Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, eine neue Partei zu gründen, deren einzige Motivation darin besteht, möglichst viele Wähler anzusprechen. Zwei verschiedene Modelle zum Wählerverhalten sind herbeigezogen worden, um dieses Unterfangen anzugehen und zwei verschiedene Resultate sind herausgekommen: Nach dem Proximity Modell muss sich die Perfekte Partei abgrenzungsorientiert und leicht links positionieren, nach dem Directional Modell hingegen sollte sich die neue Partei stark machen für eine radikale Schliessung der Schweiz und für ausgeprägte rechte Policies.

Welches dieser beiden Ergebnisse ist besser? Die Beurteilung der Modelle im vorgegangenen Kapitel geschah unter dem Kriterium der Realitätsnähe, es wurde gefragt, welches Modell die Empirie am besten nachbildet. Drei Güte-Tests wurden entwickelt um diese Frage zu beantworten und es gibt einen Sieger: Das Proximity Modell. Dieses Modell gewann zwei der drei Realitäts-Tests, darunter den entscheidenden Glaubwürdigkeits-Test der PP-Position. Das Directional Modell hingegen konnte nur einen Test gewinnen.

Den Public Choice Modellen wird vorgeworfen, dass sie die Realität nur ungenügend nachbilden können (Green und Shapiro, 1994). Diese Arbeit hat gezeigt, dass dieser Vorwurf zum Teil berechtigt ist (z.B. Wahlverhalten nach Proximity Modell, Kapitel 6.1), oftmals aber gute Resultate erzielt werden können, obwohl die Anzahl der Variablen klein ist und die Prämissen äusserst rigide.

Im Kapitel zur Relevanz dieser Arbeit wurden verschiedene Fragen zum schweizerischen politischen System gestellt. Diese lassen sich jetzt beantworten: Hat sich die SP zu einer modernen sozialdemokratischen Partei⁸ transformiert? Nein. Ihre Position zu extrem – keine andere Partei ist so weit vom Zentrum entfernt. Hat die FDP die Wahlen 1999 (und auch 2004) verloren, weil sie sich zu nahe der SVP positioniert hat? Ja, das ist eine mögliche Erklärung. Die Positionen der beiden bürgerlichen Parteien sind auf der links – rechts Achse fast deckungsgleich, aber auf der autoritär – libertär Achse hat die SVP eine stärker akzentuierte Haltung und gewinnt damit den vierten Quadranten des politischen Systems während sich die FDP die Wähler mit der CVP teilen muss (vgl. Abb. 4). Die letzte und wichtigste Frage: Welche politischen Positionen sind am viel versprechendsten? Es scheint, als läge die SVP mit ihrer abgrenzungsorientierten Politik richtig. Daneben existiert jedoch die

⁸ Laut Kitschelt (1994) bedeutete dies, dass sich die SP libertäre Inhalte aneignet und mit einer gemässigt linken Ideologie verbindet. In Koordinatensystem entspricht das einer Position im dritten Quadranten nahe dem Ursprung.

Nachfrage nach einer neuen Partei, welche die autoritäre SVP-Politik mit linken Inhalten kombiniert und so die Globalisierungsverlierer noch besser erreichen könnte als die bürgerliche SVP.

Zum Abschluss ein Ausblick: Das hier vorgestellte Modell ist erweiterbar. In einem nächsten Schritt wäre es interessant, mehr Variablen zu berücksichtigen (beispielsweise die Parteiidentifikation oder soziodemographische Begebenheiten) um die strengen Prämissen der Public Choice abzuschwächen und die Realität besser nachzubilden. Unter diesem Aspekt wäre es ausserdem vorteilhaft, über eine Datenquelle zu verfügen, welche das Angebot intra-individuell festsetzen lässt und damit der Tatsache Rechnung trägt, dass die Wähler die Parteien-Positionen unterschiedlich wahrnehmen. Mit diesen zusätzlichen Faktoren könnte die Realität möglicherweise noch besser nachempfunden werden und das Resultat erhielte mehr Gewicht.

8 Bibliographie

8.1 Literaturliste

Betz, Hans-Georg (2002). *Against Globalization*. Unpubliziertes Manuskript.

Braun, Dietmar (1999). *Theorie rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung*. Opladen: Leske + Budrich

Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row

Anthony Downs (1993). „The Origins of An Economic Theory of Democracy“, in Bernard Grofman (Ed.) 1993. *Information, Participation, and Choice: An Economic Theory of Democracy in Perspective*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.

Enelow, James M. und Melvin J. Hinich (1984). *The spacial Theory of Voting*. Cambridge: Cambridge University Press

Enelow, James M. und Melvin J. Hinich (1990). *Advances in the spatial theory of voting*. Cambridge: Cambridge University Press

Davis, Otto A. und Melvin J. Hinich (1966). "A Mathematical Model of Policy Formation in a Democratic Society", in: *Mathematical Applications in Political Science II*, edited by J. Bernd. Dallas Texas: Southern Methodist University Press.

Davis, Otto, Melvin M. Hinich und Peter C. Ordeshook (1970). „An expository development of a mathematical model of the electoral process“, in *American Political Science Review*. 64: 624-448

Formeln und Tafeln: Mathematik - Physik 1. durchges. Auflage - Zürich: Orell Füssli, 1977. (Mathematisches Unterrichtswerk der Deutschschweizerischen Mathematikkommission)

Green, Donald P. und Ian Shapiro (1994). *Pathologies of Rational Choice Theory*. New Haven: Yale University Press.

Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2003). *Atlas der politischen Landschaften*. Zürich: vdf

Hirter, Hans (2000). *Elections 1999. Composition et orientation politique de l'électorat lors des élections fédérales de 1999*. Universität Bern

Kitschelt, Herbert (1995). "The Contemporary Radical Right", in: *The Radical Right in Western Europe*. Ann Arbor: the University of Michigan Press, 1-28

Kitschelt, Herbert (1994). *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press

Kleinnijenhuis, Jan und Paul Pennings (2001). „Measurement of Party Positions on the basis of Party Programs, Media Coverage and Voter Perceptions“, in: Michael Laver (Hrsg.) *Estimating the Policy Position of Political Actors*. London: Routledge: 162-182

Kleinnijenhuis, Jan und Jan A. De Ridder (1998). „Issue News and electoral Volatility“, in: *European Journal of Political Research* 31, 3: 413- 437

Kriesi, Hanspeter (1998). „Wählen aus Überzeugung und strategisches Wählen bei den Ständeratswahlen 1995“, in: Kriesi, Hanspeter, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995*. Bern: Haupt, 193-210

Klöti, Ulrich (1998). „Kantonale Parteiensysteme. Die Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien“, in: Kriesi, Hanspeter, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995*. Bern: Haupt, 45-72

Lewis, Jeffrey B., Gary King (1999). „No Evidence on Directional vs. Proximity Voting“, in *Political Analysis*, Vol. 8, No. 1, (August, 1999)

Lipset, Seymour M. and Stein Rokkan (eds) (1967). *Party Systems and Voter Alignments*. New York: The Free Press

Lomborg, Bjørn (2001). *Adaptive Parties In A Multiparty, Multidimensional System With Imperfect Information*. Aus dem Internet: www.lomborg.com/party3b.pdf [Stand: 5.1.2005]

Norusis, Marija J. (1993). *SPSS for Windows: Professional Statistics 6.1*. Chicago: SPSS Inc. Ich glaube, es ist die richtige Referenz.

Merrill III, Samuel und Bernard Grofman (1999). *A Unified Theory of Voting*. Cambridge University Press

Pappi, Franz Urban (1994). „Parteienwettbewerb im vereinten Deutschland“, in: Bürklin, Wilhelm und Roth, Dieter (Hrsg.), *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?* Köln: Bund-Verlag: 219-248

Powell, Lynda W. (1989). „Analyzing Misinformation: Perceptions of Congressional Candidates' Ideologies“ in *American Journal of Political Science*, 33: 272-93

Rabinowitz, Georges B., Stuart Elaine Macdonald und Ola Listhaug (1991). „Issues and Party support In Multiparty Systems“, in *American Political Science Review*, No. 85, 1107-1131

Rabinowitz, Georges B., Stuart Elaine Macdonald (1989). „A Directional Theory of Issue Voting“, in *American Political Science Review*, 83, 1/1998, 93-121

Rabinowitz, George B. (1975). „An Introduction to Nonmetric Multidimensional Scaling“, in: *American Journal of Political Science*, XIX, 2/1975: 343-39

Strokes, Donald E. (1963). „Spatial Models of Party Competition“, *American Political Science Review* 57:368-77

Swanson, David L. und Paolo Mancini (1996). „Patterns of Modern Electoral Campaigning and Their Consequences“, in: *Politics, Media, and Modern Democracy. An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and Their Consequences*. London: Praeger, 247-276.

Turner, Paul W. (1998). Wählen als rationale Entscheidung: die Modellierung von Politikreaktionen im Mehrparteiensystem: München, Oldenbourg. Scientia Nova

Tucker, L. R., Koopman, R. F., & Linn, R. L. (1969). „Evaluation of factor analytic research procedures by means of simulated correlation matrices“, in *Psychometrika*, 34, 421–459

Westholm, Anders (1997). „Distanze versus Direction: The Illusory Defeat of the Proximity Theory of Electoral Choice“, in: *American Political Science Review*, 91, 4/1997, 865-883

8.2 Zeitungsartikel und andere Medien

„Blair will politische Initiative zurückgewinnen“, Neue Zürcher Zeitung, 14.7.2000, Nummer 162: 3

„Der starke Mann hinter Arnold“, Die Weltwoche, 18.12.2003, Nummer 51: 34

„Die dritte Phase auf dem dritten Weg“, Neue Zürcher Zeitung, 16.3.2002, Nummer 63: 11

„Spinning Boris“ (2003). Dokumentarfilm von Roger Spottiswoode

„Europas Sozialdemokraten wollen wieder Tritt fassen“, Basler Zeitung, 11.7.2003: 3

8.3 Datensätze

Wahlumfrage SELECTS 1999. Hirter, Hans (2000). *Elections 1999. Composition et orientation politique de l'électorat lors des élections fédérales de 1999*. Universität Bern.

Kriesi, Hanspeter (unveröffentlicht). *Nationaler Wandel in entgrenzten Räumen: Eine vergleichende Untersuchung zu den Auswirkungen der Globalisierung auf die nationale Politik*. Der Datensatz wurde von dem Autor zur Verfügung gestellt

9 Anhang

9.1 Beschreibung des Iterationsverfahrens

Das Iterationsverfahren ist wie folgt aufgebaut: Die beiden Dimensionen der Faktoranalyse stellen je eine Achse des Koordinatensystems dar. Die kulturelle Dimension wird zur Y-Achse, die Links-Rechts Dimension zur X-Achse. Die Achsen sind jeweils von -3 bis +3 skaliert, das entspricht den Extremwerten der Faktoranalyse. Man erhält so ein Abbild aller Wähler im Koordinatensystem (Abb. 4 im Text). In dieses System lassen sich auch die Parteien positionieren, denn ihre Positionen werden mit den durchschnittlichen Wählerpositionen einer Partei berechnet. Nun hat man ein System mit allen Wählern und allen Parteien. Auf dieses System wird ein feines Raster gelegt (mit 0.05 Einheiten Rasterbreite). Auf allen 14'641 Position dieses Rasters wird die Perfekte Partei positioniert und jeweils erhoben, wie viele Wähler sie gewinnen würde. Beim Proximity Modell wird die euklidische Distanz verwendet für diese Berechnung, d.h. wenn die Perfekte Partei einem Wähler näher steht als einer herkömmlichen Partei „gewinnt“ sie diesen. Beim Directional Modell ist die Voter Utility ein wenig komplizierter zu erheben. Dort gewinnt eine extreme Parteiposition über eine moderate, wobei Wähler und Partei möglichst auf einer Linie liegen sollen, sonst vermindert sich die Voter Utility in Abhängigkeit vom Schnittwinkel zwischen Partei und Wähler. Für diese aufwendigere Berechnung der Utility wird mit Hilfsmittel der Trigonometrie verfahren.

Das Iterationsprogramm speichert für jede der 14'641 Positionen die Anzahl Wähler, die mit dieser Position gewonnen werden in einer Liste. Am Schluss wird die Liste absteigend sortiert und somit sofort ersichtlich, welche Position für das jeweilige Modell am meisten Wählerstimmen generiert.

9.2 Faktoranalyse der Nachfrage: Syntax

```
FACTOR
  /VARIABLES rp15410a rp15420a rp15430a rp15440a rp15450a rp15460a rp15470a rp15480a rp15490a
rp15495a rp15500 rp15600
  /MISSING LISTWISE /ANALYSIS rp15410a rp15420a rp15430a rp15440a rp15450a rp15460a rp15470a
rp15480a rp15490a rp15495a rp15500 rp15600
  /PRINT INITIAL ROTATION FSCORE
  /CRITERIA FACTORS(2) ITERATE(25)
  /EXTRACTION PC
  /CRITERIA ITERATE(25)
  /ROTATION VARIMAXF
  /SAVE reg(ALL)
  /METHOD=CORRELATION .
```

9.3 Proximity Modell: Syntax

```

compute ndimy=fac1_1.
compute ndimx=fac2_1.
execute.
* berechnet die euklidische Distanz von jedem Wähler zu jeder partei. /*parteipos müssen von Hand
eingegeben werden.. ähm...
compute #tempdY= 0.65.
compute #tempdX=-0.60.
compute distsp = sqrt((ndimy-#tempdY)**2 + (ndimx-#tempdX)**2).
do if (parties4=1).
compute partyx =#tempdx.           /*auf diesen beiden v's werden die partei pos gespeichert.
compute partyy =#tempdy.
End if.

compute #tempdY= -0.25.
compute #tempdX= -0.05.
compute distcvp = sqrt((ndimy-#tempdY)**2 + (ndimx-#tempdX)**2).
do if (parties4=2).
compute partyx =#tempdx.           /*auf diesen beiden v's werden die partei pos gespeichert.
compute partyy =#tempdy.
End if.

compute #tempdY=0.10.
compute #tempdX=0.50.
compute distfdp = sqrt((ndimy-#tempdY)**2 + (ndimx-#tempdX)**2).
do if (parties4=3).
compute partyx =#tempdx.           /*auf diesen beiden v's werden die partei pos gespeichert.
compute partyy =#tempdy.
End if.

compute #tempdY=-0.75.
compute #tempdX= 0.30.
compute distsvp = sqrt((ndimy-#tempdY)**2 + (ndimx-#tempdX)**2).
do if (parties4=4).
compute partyx =#tempdx.           /*auf diesen beiden v's werden die partei pos gespeichert.
compute partyy =#tempdy.
End if.
execute.

** die perfekte Partei.
*Dieses Macro generiert die X und Y pos für die PP. Und ruft gleich das nächste Macro (PPCreate)
auf, dass dann die PP eruiert.

set mprint on.
VCreator Vnr= 33 Step=0.05.           /* Vnr: Anzahl zu generierende Variablen. Step: Increment,
Start: niederster Wert.

set mprint off.
define VCreator (VNr=!tokens(1)/Step=!Tokens(1)).
!let !xNames=!Null.                 /* In diesen Strings werden die neuen V's gespeichert und
anschliessend ans nächste Macro weitergegeben.

!let !yNames=!Null.
!let !TempVnr = !length(!substr(!blank(!Vnr),2)). /* Weil bei 0 startet, muss Vnr eins
zurückgesetzt werden.

!Do !i=0 !to !tempVNr.
!let !xName=!Concat('X',!i).
compute !xName= (!i!*Step).
compute !xName= !xName - 0.8.       /* damit die neuen variablen bei -1 anfangen.
!let !xNames= !Concat(!xNames,!Blank(1),!xName)
!Doend.
!Do !i=0 !To !TempVnr.
!let !yName=!Concat('y',!i).
compute !yName= (!i!*Step).
compute !yName = !yName - 0.8.
!let !yNames= !Concat(!yNames,!blank(1),!yName)
!Doend.
execute.
PPCreate Vx= !xNames / VY= !yNames.
!Enddefine.

```

```

/* dieses Macro rechnet die PP aus. Es werden für jede PP Position zwei variablen generiert. eine
Scratch Variable mit der distanz zu den Wählern und eine, die bestimmt, ob dies die optimale
Position ist. Ausserdem wird am Schluss eine "Summarize" Table ausgegeben, aus der ersichtlich ist,
welche Variable am "besten" ist. Um vom Variablen Namen auf die X/Y position zu gelangen: (Zahl
/Step)-Start rechnen.
***.

define PPCreate (VX=!Charend('/') / VY=!Cmdend).
  !let !SumStg = !Null.          /* in diesem string werden die occ variablen gespeichert.
                                brauchts für die summarize.

  !Do !Xtemp !In (!VX).
    !Do !Ytemp !In (!VY).
      !let !Dist=!Concat('#',!Xtemp, !Ytemp). /* Die Distanz kommt nur in eine
                                              Scratch variable, falls es eine
                                              richtige sein soll, das # wegnehmen.

      compute !Dist= sqrt((ndimy-!Ytemp)**2 +(ndimx-!xtemp)**2).
      !let !OCC = !Concat('O',!xtemp,!ytemp).
      compute !OCC=0.
      if (min(distsp, distcvp, distfdp, distsvp,!Dist) EQ !Dist) !OCC=1.
      !let !SumStg = !Concat(!SumStg,!OCC,!blank(1)).
    !Doend.
  !Doend.
execute.
SUMMARIZE
  /TABLES=!SumStg
  /FORMAT=NOLIST TOTAL
  /TITLE='Case Summaries'
  /MISSING=VARIABLE
  /CELLS=COUNT SUM .
!Enddefine.

*** Wenn klar ist, welche die pp ist, ausrechnen, wie viele Wähler welche Partei macht.
if min( distsp, distcvp, distfdp, distsvp) EQ distsp Vote=1.
if min( distsp, distcvp, distfdp, distsvp) EQ distcvp Vote=2.
if min( distsp, distcvp, distfdp, distsvp) EQ distfdp Vote=3.
if min( distsp, distcvp, distfdp, distsvp) EQ distsvp Vote=4.
execute.
variable labels vote "Die Parteien".
val lab vote 1"SP" 2"CVP" 3"FDP" 4"SVP" 5"PP".

DO IF (OX15Y2 = 1) .                                /* eintragen, welche variable am meisten votes hat.
  RECODE vote (0 thru 5=5) .
END IF .
compute vote=parties4.

do if (vote=1).
  compute spvotX=ndimx.
  compute spvotY=ndimy.
end if.
do if (vote=2).
  compute cvpvotX=ndimx.
  compute cvpvotY=ndimy.
end if.
do if (vote=3).
  compute fdpvotX=ndimx.
  compute fdpvotY=ndimy.
end if.
do if (vote=4).
  compute svpvotX=ndimx.
  compute svpvotY=ndimy.
end if.
do if (vote=5).
  compute ppvotX=ndimx.
  compute ppvotY=ndimy.
end if.
execute.

GRAPH
  /SCATTERPLOT (bivar)= ndimx WITH ndimy BY vote
  /MISSING=VARIABLEWISE .

/* wie gut ist das Modell? wurde die "richtige" Partei gewählt?.

  if (vote EQ 1 & rp11800g EQ 3) vote2=10.

```



```

    if (vote Eq 2 & rp11800g EQ 5) vote2=10.
    if (vote EQ 3 & rp11800g EQ 6) vote2=10.
    if (vote EQ 4 & rp11800g EQ 8) vote2=10.
    if (vote2 NE 10) vote=0.
SUMMARIZE      /TABLES=vote2 /Cells=sum.      /* Die Variable, die den höchsten Score aufweist, kommt
                                                    der real am nächsten (durch 10 teilen --> anteil
                                                    wähler).

filter by rp11800g.
filter off.

```

9.4 Directional Modell: Syntax

```

* berechnet die direct Distanz von jedem Wähler zu jeder partei nach der Formel: |V|*|C|*cos Winkel
AC.
Winkel AC wird mit dem cosinussatz berechnet: a2=b2+c2-2bc*cosa .
compute #tempdY= 0.65.
compute #tempdX=-0.60.
compute distsp = -((#tempdY-ndimy)**2+(#tempdX-ndimx)**2) +
(#tempdY**2+#tempdX**2)+(ndimy**2+ndimx**2) .
compute distsp = distsp / (2*(sqrt(#tempdY**2+#tempdX**2))*(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))).

compute distsp = (sqrt(#tempdY**2+#tempdX**2))*(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))*distsp.
do if (parties4=1).
compute partyx =#tempdx.      /*auf diesen beiden v's werden die partei pos gespeichert.
compute partyy =#tempdy.
End if.

compute #tempdY= -0.25.
compute #tempdX= -0.05.
compute distcvp = -((#tempdY-ndimy)**2+(#tempdX-ndimx)**2) +
(#tempdY**2+#tempdX**2)+(ndimy**2+ndimx**2) .
compute distcvp = distcvp / (2*(sqrt(#tempdY**2+#tempdX**2))*(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))).

compute distcvp = (sqrt(#tempdY**2+#tempdX**2))*(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))*distcvp.
do if (parties4=2).
compute partyx =#tempdx.      /*auf diesen beiden v's werden die partei pos gespeichert.
compute partyy =#tempdy.
End if.

compute #tempdY=0.10.
compute #tempdX=0.50.
compute distfdp = -((#tempdY-ndimy)**2+(#tempdX-ndimx)**2) +
(#tempdY**2+#tempdX**2)+(ndimy**2+ndimx**2) .
compute distfdp = distfdp / (2*(sqrt(#tempdY**2+#tempdX**2))*(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))).

compute distfdp = (sqrt(#tempdY**2+#tempdX**2))*(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))*distfdp.
do if (parties4=3).
compute partyx =#tempdx.      /*auf diesen beiden v's werden die partei pos gespeichert.
compute partyy =#tempdy.
End if.

compute #tempdY=-0.75.
compute #tempdX= 0.30.
compute distsvp = -((#tempdY-ndimy)**2+(#tempdX-ndimx)**2) +
(#tempdY**2+#tempdX**2)+(ndimy**2+ndimx**2) .
compute distsvp = distsvp / (2*(sqrt(#tempdY**2+#tempdX**2))*(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))).
compute distsvp = (sqrt(#tempdY**2+#tempdX**2))*(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))*distsvp.
do if (parties4=4).
compute partyx =#tempdx.      /*auf diesen beiden v's werden die partei pos gespeichert.
compute partyy =#tempdy.
End if.
execute.

** die perfekte Partei.
*Dieses Macro generiert die X und Y pos für die PP. Und ruft gleich das nächste Macro (PPCreate)
auf, dass dann die PP eruiert.

set mprint on.

```

```

VCreator Vnr= 31 Step= 0.2. /* Vnr: Anzahl zu generierende Variablen. Step: Increment, Start im
Moment auf -1 eingestellt.

set mprint off.
define VCreator (VNr=!tokens(1)/Step=!Tokens(1)).
!let !xNames=!Null. /* In diesen Strings werden die neuen V's gespeichert und anschliessend
ans nächste Macro weitergegeben.

!let !yNames=!Null.
!let !TempVnr = !length(!substr(!blank(!Vnr),2)). /* Weil bei 0 startet und weil der loop
immer noch eins drüberlegt, muss Vnr zwei
zurückgesetzt werden.

!Do !i=0 !to !tempVnr.
!let !xName=!Concat('X',!i).
compute !xName= (!i!*Step)-3. /* damit die neuen variablen bei -3 anfangen.
!let !xNames= !Concat(!xNames,!Blank(1),!xName)
!Doend.
!Do !i=0 !To !TempVnr.
!let !yName=!Concat('y',!i).
compute !yName= (!i!*Step)-3. /* damit die neuen variablen bei -3 anfangen.
!let !yNames= !Concat(!yNames,!blank(1),!yName)
!Doend.
execute.
PPCreate Vx= !xNames / VY= !yNames.
!Enddefine.

/* dieses Macro rechnet die PP aus. Es werden für jede PP Position zwei variablen generiert. eine
Scratch Variable mit der distanz zu den Wählern und eine, die bestimmt, ob dies die optimale
Position ist. Ausserdem wird am Schluss eine "Summarize" Table ausgegeben, aus der ersichtlich ist,
welche Variable am "besten" ist. Um vom Variablen Namen auf die X/Y position zu gelangen: (Zahl
/Step)-Start rechnen.
define PPCreate (VX=!Charend('/') / VY=!Cmdend).
!let !SumStg = !Null. /* in diesem string werden die occ variablen gespeichert.
brauchts für die summarize.

!Do !Xtemp !In (!VX).
!Do !Ytemp !In (!VY).
!let !Dist=!Concat('#',!Xtemp, !Ytemp). /* Die Distanz kommt nur in eine
Scratch variable, falls es eine
richtige sein soll, das # wegnehmen.

compute !Dist= -((!Xtemp-ndimx)**2+(!Ytemp-ndimy)**2) + (!Xtemp**2+!Ytemp**2)+
(ndimy**2+ndimx**2) .
compute !Dist = !Dist / (2*(sqrt(!Xtemp**2+!Ytemp**2))*
(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))).
compute !Dist = (sqrt(!Xtemp**2+!Ytemp**2))*(sqrt(ndimy**2+ndimx**2))*!Dist.
!let !OCC = !Concat('O',!xtemp,!ytemp).
compute !Occ=0.
if (max(distsp, distcvp, distfdp, distsvp,!Dist) EQ !Dist) !OCC=1.
!let !SumStg = !Concat(!SumStg,!OCC,!blank(1)).

!Doend.
!Doend.
execute.
SUMMARIZE
/TABLES=!SumStg
/FORMAT=NOLIST TOTAL
/TITLE='Case Summaries'
/MISSING=VARIABLE
/CELLS= SUM .

!Enddefine.

*****
Wenn klar ist, welche die pp ist, ausrechnen, wie viele Wähler welche Partei macht.
if max(distsp, distcvp, distfdp, distsvp) EQ distsp Vote=1.
if max(distsp, distcvp, distfdp, distsvp) EQ distcvp Vote=2.
if max(distsp, distcvp, distfdp, distsvp) EQ distfdp Vote=3.
if max(distsp, distcvp, distfdp, distsvp) EQ distsvp Vote=4.
variable labels vote "Die Parteien".
val lab vote 1"SP" 2"CVP" 3"FDP" 4"SVP" 5"PP".
compute vote=parties4.
DO IF (ox14y0 = 1) . /*hier eintragen, welche variable am meisten vote's hat.
RECODE vote (0 thru 5=5) .
END IF .

GRAPH
/SCATTERPLOT(bivariate)=ndimx WITH ndimy by vote.

/* wie gut ist das Modell? wurde die "richtige" Partei gewählt?.

```

```
if (vote EQ 1 & rp11800g EQ 3) vote2=10.  
if (vote EQ 2 & rp11800g EQ 5) vote2=10.  
if (vote EQ 3 & rp11800g EQ 6) vote2=10.  
if (vote EQ 4 & rp11800g EQ 8) vote2=10.  
if (vote2 NE 10) vote2=0.  
SUMMARIZE /TABLES=vote2 /Cells=sum. /* Die Variable, die den höchsten Score aufweist, kommt der  
real am nächsten (durch 10 teilen --> anteil wähler).
```

About the Author

Simon Brunner studierte Psychologie an der Universität Genf (Diplôme propédeutique), Politische Wissenschaften an der Universität Zürich und an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona (Lizentiat 2004). Während seines Studiums hat er als freier Journalist gearbeitet und 1999 den Zürcher Jugendjournalismuspreis gewonnen. Heute arbeitet er bei der Wochenzeitschrift *Die Weltwoche*. Simon Brunner ist 1977 in Zürich geboren, wo er auch die Schule absolvierte und gegenwärtig lebt.

About CIS

Das Zentrum für Vergleichende und Internationale Studien (CIS) ist ein gemeinsames Forschungszentrum der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich und der Universität Zürich in den Bereichen Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen. Es umfasst elf Professuren und ca. 170 Mitarbeiter/innen. Mitglieder des CIS sind das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich mit den Professuren für Vergleichende Politikwissenschaft (Prof. Hanspeter Kriesi), Innenpolitik (Prof. Ulrich Klöti und Prof. Daniel Kübler), Internationale Beziehungen (Prof. Dieter Ruloff), Methoden (Prof. Simon Hug) und Politisches Verhalten und Öffentliche Meinung (Prof. Sibylle Hardmeier) sowie den ETH-Professuren für Internationale Beziehungen (Prof. Thomas Bernauer und Prof. Jürg M. Gabriel), Internationale Konfliktforschung (Prof. Lars-Erik Cederman), Internationale Sicherheitspolitik (Prof. Andreas Wenger) und Probleme der Entwicklungsländer (Prof. Rolf Kappel).

© CIS, ETH Zürich / Universität Zürich, 2005

Center for Comparative and International Studies (CIS) Zurich
ETH Zentrum SEI / Seilergraben 45–53
CH-8092 Zürich
Phone +41 (0)1 632 79 68
Fax +41 (0)1 632 19 42
cispostmaster@sipo.gess.ethz.ch
www.cis.ethz.ch